

Kita-Kollegin: „Wir leiden so sehr unter dem Personal-mangel, dass unser Arbeit-geber jetzt – trotz Corona – schon die Kolleg*innen, die zur Risikogruppe zählen, zur Arbeit mit Klein- und Kleinstkindern heranzieht.“

Grundschullehrerin: „Am 4. Juni betont Frau Merkel wie wichtig es sei, nach wie vor das Abstandsgebot einzuhalten, am 5. Juni teilt Frau Gebauer den Grundschulen mit, dass sie ab Mitte Juni ohne jede Abstandsregel im Normalbetrieb mit vollen Klassen weiterlaufen sollen. Wir brauchen Mitbestimmung!“

Realschullehrer: „Wie wunderbar ist das Arbeiten mit so kleinen Lerngruppen! Schade, dass das nur wegen Corona so ist. Warum können die Lern- und Lehrbedingungen nicht immer gut und angemessen sein?“

Hochschul-Kollegin: „90% aller Stellen in Wissenschaft und Lehre bundesweit sind befristet – meine läuft in 2 Wochen aus und ich weiß immer noch nicht ob ich dann arbeitslos bin oder ob ein gestellter Drittmittelantrag doch noch durchgeht und meine Stelle verlängert werden kann.“

Honorarkraft in der Erwachsenenbildung: „Seit Mitte März habe ich keinen Cent Geld mehr bekommen, weil wir in den Integrations- und berufsbezogenen Deutschkursen völlig in der Luft hängen! Ist das die Wertschätzung, die man uns entgegenbringt, die wir so wertvolle Bildungs- und Integrationsarbeit leisten?“

Mitarbeiter im Offenen Ganztage: „Wer ist neben vielen Anderen auch systemrelevant, wird dennoch in keinem einzigen Erlass mitgedacht und hat noch nicht mal einen Tarifvertrag? Richtig: wir Mitarbeiter*innen im Offenen Ganztage...“

Bring´ dich ein, gehe wählen!

↓ Kommunalwahlen in NRW am 13. September 2020

↓ Personalratswahlen an den Schulen bis zum 1. Oktober 2020



„Wann, wenn nicht jetzt?“

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

was war das für eine Zeit, während des Präsenzunterrichts ab Ende April! Endlich gab es die kleinen Lerngruppen, in denen sich auch die Schüler*innen am Unterrichtsgeschehen beteiligten, die sich sonst nur selten bis gar nicht aufzuzeigen trauen. Sollten wir das Gute, das die Corona-Krise mit sich gebracht hat, nicht zu verteidigen versuchen, um es zum Normalzustand werden zu lassen?

In dieser Zeit überwog natürlich das Negative. Das belegen auch die Beiträge in der Rubrik AUS DEN GREMIEN mit zahlreichen O-Tönen aus den Bildungseinrichtungen.

Wie wird es nach den Sommerferien wohl weitergehen? Und welchen Beitrag sind wir, die GEWerschaftlich organisierten Kolleg*innen, in der Lage zu leisten?

Ayla Çelik, stellvertretende Vorsitzende der GEW NRW, die Mitglied unseres Kölner Stadtverbands ist, schreibt mit Blick auf die von der Pandemie geprägte Zeit:

„Die Corona-Krise zeigt auf schonungslose Art und Weise die vorhandene gesellschaftliche Ungleichheit“. Und weiter: „Obschon jede/r von der Krise betroffen war und ist, wird ersichtlich, dass die Lasten, die finanziellen Nöte und Sorgen, wie sonst auch im Leben, unterschiedlich verteilt sind“. Das heißt, dass zwar alle durch diese Krise gehen, aber äußert ungleich. Von Gemeinsamkeiten in puncto, wer was wie zu schultern hat, kann kaum die Rede sein. Was diesen Aspekt angeht, möchten wir euch das Interview mit Mitlenforscher Prof. Hartmann ab Seite 38 dieser Ausgabe ans Herz legen, in dem auch mit Kritik an Gewerkschaften nicht gespart wird.

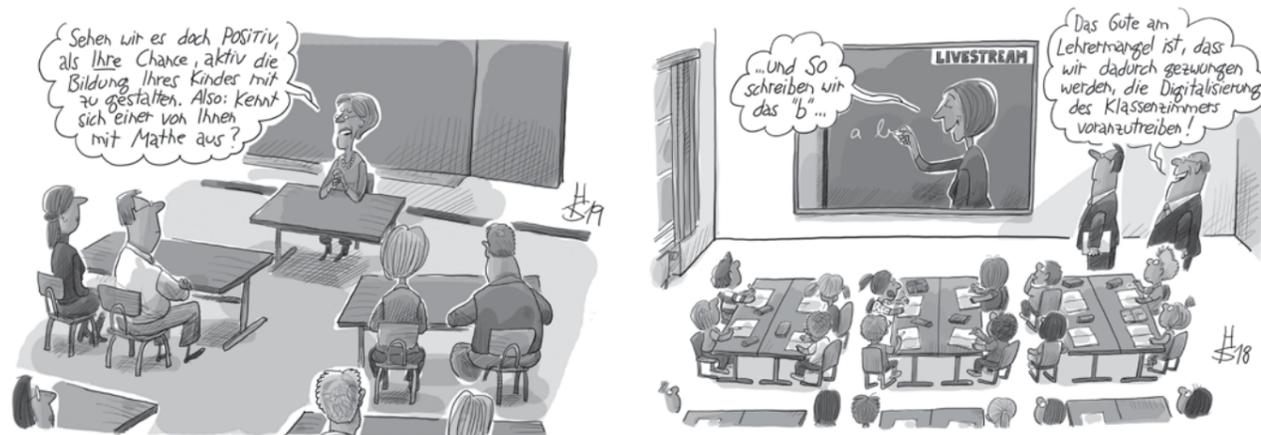
Weniger der umsichtigen Arbeit der politischen Entscheidungsträger*innen sondern vielmehr „der großen Bereitschaft der Kolleg*innen (sei es) zu verdanken“, so die weitere Beobachtung von Ayla Çelik, „dass Lehren auf Distanz, wenn auch unterschiedlich ausgeprägt, überhaupt stattfinden konnte, obwohl jegliche Ausstattung mit digitalen Endgeräten, datenschutzrechtlich sichere Lernplattformen seitens des Landes fehlen“.

Das mag direkt zur Frage führen, welche Konsequenz zu ziehen ist. Was die Frage der Bildungs- und Chancengerechtigkeit angeht, so zumindest Ayla Çelik, sei „die Politik gefordert (dafür) zu sorgen. Wann, wenn nicht jetzt, kann die Umgestaltung stattfinden und die Corona-Krise als Chance genutzt werden, indem jetzt endlich an allen Bildungseinrichtungen von der Kita über die Grundschule und weiterführende Schule bis zur Hochschule die strukturellen Bedingungen, die zeitlichen, finanziellen und personellen Ressourcen und Räume geschaffen werden für eine erfolgreiche Schulkarriere, für erfolgreiche Bildungsbiografien und für ein bildungsgerechteres Miteinander?“.

Bis zum 1. Oktober dieses Jahres haben die Kolleg*innen an den öffentlichen Schulen NRW die Möglichkeit, über die Besetzung der Personalräte neu zu bestimmen. Diese Gelegenheit sollte von uns ebenso genutzt werden wie die Chance, am 13. September über die Parteien und Personen in den Kommunalparlamenten und den Bürgermeister*innenämtern mitentscheiden zu können. Immerhin sind es die Kommunen, die als Schulträger für die Infrastruktur verantwortlich zeichnen. Aber auch die dringend nötige Verkehrswende muss von den Städten und Gemeinden ausgehen, in denen wir alle leben.

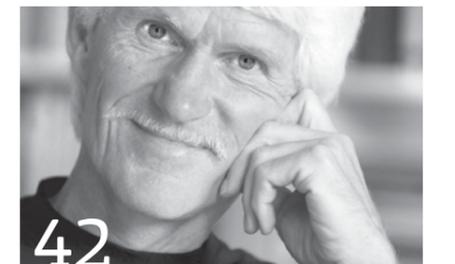
Wir sollten tatsächlich überlegen, wie unser Beitrag aussehen kann!

In diesem Sinne und mit lieben, kollegialen Grüßen
eure „forum“-Redaktion



forum 3-2020

Erste Treffen und Hinweise zur Wahl-MV	4
Gremien zum Mitmachen	5
Alles zur Personalratswahl an den Schulen	6
GS	22
OGS	24
BILDUNGSALARM!	27
Offener Brief des Stadtverbands	29
LEMK	32
Weiter- und Erwachsenenbildung	34
Schulentwicklung	35
ZUR KOMMUNALWAHL 2020	37
Rassismus in Deutschland	38
Forderungen Keupstraße	40
Wer soll, wer kann das bezahlen?	42
Brexit, Corona in Nordirland	45
AKTIVE RUHESTÄNDLER*INNEN	47
TVöD-Runde startet!	49
Wahl des GfV/ -Mitgliederversammlung	52



Auf den Internetseiten www.gew-koeln.de oder auf ww.gew-nrw.de sind weitere aktuelle Informationen, Newsletter, Kommentare und Archivmaterialien zu allen bildungspolitischen Aspekten abrufbar. Ebenso können auf der Kölner Homepage die forum-Ausgaben als pdf-Datei heruntergeladen werden.

IMPRESSUM

Herausgeber
Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Stadtverband Köln
Hans-Böckler-Platz 1
50672 Köln
Bezugspreis: 1,25 Euro.
Für GEW-Mitglieder ist der Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Leserbriefe geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktion: Guido Schönian (verantw. Redakteur), Jutta Jilg, Stefan

Schüller, Heiner Brokhausen
Geschäftsstelle:
Montag, Dienstag, Donnerstag
10.00 Uhr bis 16.00 Uhr
Mittwoch 10.00 Uhr bis 18.00 Uhr
Freitag 10.00 Uhr bis 13.00 Uhr
Telefon 02 21 51 62 67
Telefax 02 21 52 54 46
Homepage: www.gew-koeln.de
E-Mail: kontakt@gew-koeln.de
facebook.com/gewkoeln/
Konto: BBBank eG
IBAN DE93 6609 0800 0000 8831 70

TELEFONISCHE RECHTSBERATUNG

02 21 51 62 67

Montag und Donnerstag
17.00 bis 19.00 Uhr
und nach Vereinbarung

In den Ferien:
Landesrechtsschutzstelle
02 01 29 04 03 37

Druck: Zimmermann GmbH, Köln
Vertrieb: GWK, Köln

Layout: Atelier Goral, Köln
Titelfoto: xxx
Redaktionsschluss nächste Ausgabe: Ausgabe 4/2020
Redaktionsschluss: 02.09.2020
Erscheinungstermin: 26.10.2020





Leider können wir derzeit aufgrund der unsicheren Corona-Lage nicht für das 2. Halbjahr nach den Sommerferien genauere Termine für Fachgruppen-, Arbeitskreis- und Ausschuss-Treffen oder weitere Veranstaltungen planen. Das DGB-Haus bietet nicht für eine größere Personenanzahl nach den Schutzbestimmungen Platz. Wir sind bemüht Ersatzörtlichkeiten zu suchen und informieren auf unserer Webseite unter „Veranstaltungen“ über aktuelle Termine. Wir bitten um Euer Verständnis!

WORKSHOP:

„Mit Resilienz zu mehr Lehrer*innengesundheit“

- Wie können wir dem Schulstress begegnen?
- Wie können wir lernen, Belastungen souverän zu bewältigen und gestärkt aus ihnen hervorzugehen?
Nach einer Einführung wollen wir das Gelernte praktisch üben!
Eine Veranstaltung mit Nils Zierath, Kommunikationstrainer und Trainer für gewaltfreie Kommunikation.

im Oktober 2020

(Termin und Ort derzeit noch in Planung)

Wir freuen uns darauf, interessierte Kolleginnen und Kollegen aus dem gesamten Bezirk Köln zu dieser Veranstaltung begrüßen zu können.

Anmeldung: kontakt@gew-koeln.de

Eine Veranstaltung auf Initiative der Bezirksfachgruppe Berufskolleg für alle interessierten Kolleg*innen.

Kosten: kostenlos

„Wege in den Ruhestand“

für angestellte und verbeamtete Kolleginnen und Kollegen

Viele Wege führen in den Ruhestand, es gilt, den jeweils optimalen Weg zu finden ...

im September 2020

(Termin und Ort derzeit noch in Planung)

Referent: Jonathan Lohne, Finanz- und Ruhestandsplaner**Anmeldung:** kontakt@gew-koeln.de

Bitte bei der Anmeldung unbedingt das Beschäftigungsverhältnis angeben!

Eine Veranstaltung auf Initiative der Bezirksfachgruppe Berufskolleg für alle interessierten Kolleg*innen.

Kosten: kostenlos

Nachholtermin für die wegen Corona ausgefallene Mitgliederversammlung zur Neuwahl des Geschäftsführenden Vorstands

Der Nachholtermin für die im März wegen Corona entfallene Wahlversammlung findet am

28. Oktober 2020 um 17.30 Uhr im Altenberger Hof in Nippes statt

(Mauenheimer Str. 92, 50733 Köln).

Dort werden wir unter Wahrung der Maßnahmen des Infektionsschutzes wie beispielsweise Mindestabstände tagen. Um die Anzahl der Teilnehmer*innen besser abschätzen und die Maßnahmen des Gesundheitsschutzes entsprechend vorbereiten zu können, bitten wir ausnahmsweise um vorherige Anmeldung an kontakt@gew-koeln.de. Wir bitten um Verständnis, dass keine Getränke oder Speisen angeboten werden.

Selbstverständlich kann man sich auch spontan entscheiden zu kommen, aber eine vorherige Anmeldung würde den verantwortungsbewussten Umgang mit Corona deutlich vereinfachen. Für den Fall, dass corona-bedingt zu diesem Zeitpunkt keine Präsenzveranstaltungen möglich sein sollten, ist angedacht, eine Mitgliederversammlung via Videokonferenz durchzuführen. In diesem Fall werden wir euch per E-Mail sowie auf unserer Webseite (www.gew-koeln.de) informieren!

Die Kandidaturen, die zur ursprünglichen Wahlversammlung eingereicht worden waren, bleiben bestehen. Die Kandidat*innen können sich auf der Wahlversammlung am 28. Oktober 2020 vorstellen und dort befragt werden. Teilweise haben sie sich auch schon auf unserer Webseite vorgestellt (<https://koeln.gew-nrw.de/wir-in-koeln/wer-wir-sind/geschaefsfuehrender-vorstand/neuwahl-des-gfv.html>).

Gewählt werden kann bei der Mitgliederversammlung selbst sowie per Briefwahl bis vierzehn Tage danach. Die zur ursprünglich geplanten Wahlversammlung eingegangenen Anträge auf Briefwahlunterlagen bleiben natürlich ebenfalls bestehen.

Die genaue Tagesordnung der Wahlversammlung, die Vorstellung der Kandidat*innen sowie der Rechenschaftsbericht des ausgehenden Geschäftsführenden Vorstands werden spätestens drei Wochen vor der Wahlversammlung via E-Mail und auf der Webseite des Stadtverbands veröffentlicht.

Der Wahlausschuss

Arbeitsgremien zum Mitmachen!

FACHGRUPPEN

Jedes Mitglied ist aufgrund seines Tätigkeitsfeldes einer Fachgruppe zugeordnet. Die Fachgruppen vertreten die Interessen ihrer Mitglieder und unterstützen die Kolleg*innen.

BERUFSSKOLLEG

Jörg Buschmann, 01577-9039204, joerg.buschmann@gew-nrw.de

Thomas Wesseler, 0241-911326, thomaswesseler@arcor.de

ERWACHSENENBILDUNG

Max-Georg Beier, 0221-361812, maxbeier@hotmail.com

Sandra Langer, lesen.bildet@gmx.de

Klaus Mautsch, klaus@mautscherholz.de

GESAMTSCHULE

Peter Heim, 0221-743094, peter.heim@posteo.de

Hannes Kuhlmann, hannes.kuhlmann@koeln.de

GRUNDSCHULE

Martina Schütte, 02236-321318, schuette-martina@web.de

Anke Bieberstein, 0221-213788, a.bieberstein@arcor.de

GYMNASIUM

Dr. Alexander Fladerer, 0221-4305633, fladerer@ish.de

Heike Wichmann, 0221-422354, heike.wichmann@gmx.net

Andreas Haenlein, 0221-9458678, andreas.haenlein@yahoo.de

Gudrun Skeide-Panek, 02232-29833, skeide_panek@web.de

HAUPTSCHULE

Karin Distler, 0221-3981291, karin.distler@gmx.net

Claudia Seidel, claudia.seidel1209@googlemail.com

HOCHSCHULE UND FORSCHUNG

Anne Klein, anne.klein@uni-koeln.de

REALSCHULE

Maria Backhaus, 0221-16932167, mariabackhaus@netcologne.de

Katrin Reininghaus, 0221-331647, katrin.reininghaus@online.de

Karen Kiethe, 0221-16919137, karenkiethe@gmail.com

SONDERPÄDAGOGISCHE BERUFE

Timo Hemmesmann, 0177-8239728, timohemmesmann@gmx.de

Christiane Balzer, 0221-9524740, chribalzer@netcologne.de

SOZIALPÄDAGOGISCHE BERUFE/KITA

Brunhilde Seeber, brunhilde.seeber@icloud.com

Rainer Jettke, rainer.jettke@koeln.de

AUSSCHÜSSE

Ausschüsse bieten Foren für diejenigen, die sich für die Belange einer bestimmten Personengruppe einsetzen möchten.

AKTIVE RUHESTÄNDLER*INNEN

Helga Löbber, 0221-7123869, klein-loebbert@netcologne.de

Silke Weinberger-Brümmer, 0221-763379, nc-weinbesi2@netcologne.de

ANGESTELLTE LEHRKRÄFTE

Hildegard Achilles, 0221-2778448, abhikachilles@web.de

Christina Krautwurst, christinakrautwurst@gmx.de

Gudrun Skeide-Panek, 02232-29833, skeide_panek@web.de

Henning Frey, henning.m.frey@web.de

HOMOSEXUELLE LEHRKRÄFTE

Bodo Busch, 0221-9232930, bodo.busch@netcologne.de

Björn Kiefer, 0170-9913326, b.kiefer1@gmx.de

JUNGE GEW/STUDIERENDE

Martin Mackenbach, martin.mackenbach@gew-nrw.de

LEHRER*INNEN UND ERZIEHER*INNEN VON MIGRANTENKINDERN (LEMK)

Silvia Treder, tredersilvia@web.de

Hasan Taşkale, 02204-55869, taschkale@gmx.de

OFFENER GANZTAG

Alexandra Klöckener, a.kloeckener@online.de

Eckhard Riedel, eckhard-riedel@gmx.de

Hans Raatz, raatz_hans@hotmail.com

ARBEITSKREISE

Arbeitskreise ermöglichen den kollegialen Erfahrungsaustausch zu aktuellen berufsbezogenen und sozialpolitischen Themen.

INKLUSION

Uschi Kellermann, 0221-16846200, uschi.kellermann@gmx.de

SCHULENTWICKLUNG KÖLN

Klaus Minartz, 0221-526722, klaus.minartz@gmail.com

Stefan Schüller, stefan.schueller@gmx.net





Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Anfang des Schuljahres erreichen euch die Wahlunterlagen für die Personalratswahlen, die wegen Corona verschoben werden mussten.

Wir sind stolz darauf, dass sich die GEW in den Bezirkspersonalräten der verschiedenen Schulformen und im örtlichen Personalrat der Grundschulen in den vergangenen Jahren konsequent für die Beschäftigten eingesetzt und Erfolge für sie erreicht hat. Jetzt kommt es darauf an, dass diese erfolgreiche Arbeit weitergeführt werden kann.

Dafür benötigen die Kandidat*innen eure Unterstützung, indem ihr mit eurer Stimmabgabe für ein gutes Abschneiden der GEW-Liste sorgt. Auf den nächsten Seiten stellen wir euch die Kölner Personalratskandidat*innen der einzelnen Schulformen vor. Sie benennen stichwortartige Schwerpunkte ihrer Arbeit in der nächsten Amtsperiode und Themen, für die sie sich besonders einsetzen werden.

Personalratswahl 2020

Personalrat, Lehrerrat, Hauptpersonalrat – ABC der Vertretungsorgane

Der Personalrat

Jede Schulform hat einen Lehrer*innen-Personalrat, der die Interessen der Beschäftigten gegenüber der Bezirksregierung vertritt. (Bezirkspersonalrat oder BPR) Weil die Schulen in NRW in fünf Bezirke aufgeteilt sind, gibt es in jedem dieser Bezirke Personalräte für die einzelnen Schulformen. Eine Ausnahme bilden die Grundschulen. Die sind der unteren Schulaufsichtsbehörde – dem Schulamt – unterstellt und deshalb gibt es in jedem Schulamtsbezirk zusätzlich einen örtlichen Personalrat.

Die Personalräte

... haben unterschiedliche Einflussmöglichkeiten. So bestimmen wir etwa bei der Einstellung mit, steht uns bei Ausschreibungen ein Mitwirkungsrecht zu und manchmal haben wir nur ein Anhörungsrecht. Der Personalrat gibt zum Beispiel bei der Überprüfung der Dienstfähigkeit nach langer Krankheit eine Stellungnahme ab und unterstützt Kolleg*innen, die noch nicht in Pension gehen möchten, durch Gespräche mit der Bezirksregierung.

Wofür sind wir zuständig?

Neben allem, was mit der Einstellung zu tun hat (Auswahlgespräche, Einstufung, Eingruppierung, Problemen bei der Verbeamtung) kümmern wir uns um Versetzungswünsche, Beförderung, Laufbahnwechsel, Entfristung von langjährig beschäftigten Vertretungskräften und Fortbildungen. Wir beantworten Fragen zur Elternzeit, zu Beurlaubungen. Wir sind für unsere Kolleg*innen da, wenn es um Probleme bei längerer Krankheit geht, um Beratung hinsichtlich Altersteilzeit und Wege in den Ruhestand. Wir beraten und begleiten Kolleg*innen auf Wunsch zu Dienstgesprächen bei der Bezirksregierung oder dem Schulamt und helfen bei allen dienstlichen Angelegenheiten. So kommt es auch vor, dass Kolleg*innen uns um Unterstützung bitten bei Gesprächen mit der Schulleitung. Ein weiteres Aufgabenfeld ist der Arbeits- und Gesundheitsschutz.

Der Lehrerrat,

... der übrigens genau wie Personalrat und Hauptpersonalrat für vier Jahre gewählt wird, vertritt die Angelegenheiten des Kollegiums gegenüber der Schulleitung. Er hat nach Schulgesetz eine Mittlerrolle. Die Schulleitung ist verpflichtet, ihn umfassend über alle Angelegenheiten des Kollegiums zu informieren und ihn anzuhören.

Mit der Übertragung einiger Dienst-vorgesetztenaufgaben von der Bezirksregierung auf die Schulleitungen haben die Lehrerräte einige Beteiligungsrechte bekommen. Zum Beispiel müssen sie bei der Anordnung von vorhersehbarer Mehrarbeit durch die Schulleitung um Zustimmung gefragt werden.

Bei den Schulen, bei denen die Schulleiter*innen die erweiterten Dienst-vorgesetzeneigenschaften haben, – und davon gibt es nicht viele – übernimmt der Lehrerrat weitere Aufgaben des Personalrats. Die Zusammenarbeit von Lehrerräten und Personalräten ist sehr wichtig. Der Lehrerrat kennt die Probleme vor Ort und kann den Personalrat informieren und beauftragen, wenn das nötig wird. Die Personalräte sind auf die Informationen der Lehrerräte angewiesen, wenn sie sich zum Beispiel ein umfassendes Bild von den Verhältnissen vor Ort machen wollen.

Der Hauptpersonalrat (HPR)

Jede Schulform hat einen Hauptpersonalrat, die beim Ministerium gebildete Interessenvertretung der Lehrkräfte. Er befasst sich mit landesweiten Regelungen und Erlassen und hat dabei umfängliche Mitbestimmungs-, Mitwirkungs- und Anhörungsrechte. Die Hauptpersonalräte beraten die Beschäftigten in allen dienstlichen Angelegenheiten.

Der Hauptpersonalrat verhandelt die Fälle als Stufenvertretung, wenn sich die Personalräte und die Bezirksregierung nicht einigen können.

Bezirkspersonalräte und Hauptpersonalräte arbeiten eng zusammen. Das ist sehr wichtig im Hinblick auf den Informationsaustausch und die Koordination. Die Wahl der Hauptpersonalräte findet gleichzeitig mit den Wahlen der Bezirkspersonalräte statt.

Für alle drei Gremien gilt: Wir sind zur Verschwiegenheit verpflichtet und handeln dann, wenn wir von Kolleg*innen dazu beauftragt werden.

Jede Stimme zählt, wählt GEW!

FAQ

Wir machen uns für Sie stark!

× beraten × informieren × begleiten × unterstützen ×



Ihre GEW-Personalräte an Kölner Grundschulen

Das haben wir geschafft:

- Versetzungswünsche unterstützt
- Teilzeitanträge durchgesetzt
- Elternzeitmodelle beraten
- Beratung zum Ruhestand
- Unterstützung für HSU-Lehrkräfte
- Beratung im Bereich der Schwerbehinderung
- Teilzeitkonzepte vorgestellt
- JA 13-Aktionen durchgeführt
- Fortbildungen zu verschiedenen Themen
- Unterstützung in Fragen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes
- Einstiegshilfen in den Job
- Sozialpädagogische Fachkräfte unterstützt
- Jobticket für ALLE eingefordert
- Unterstützung bei dienstlichen Gesprächen
- Stufe 6 für Angestellte durchgesetzt
- A 13/EG 13 eingefordert
- Tarifverhandlungen begleitet

GEW – damit Unterstützung gelingt.

Für gute Arbeitsbedingungen setzen wir uns ein:

- Genug Personal für jede Schule
- Recht auf Teilzeit
- Zeit für Aus- und Fortbildung
- Kleinere Klassen
- Senkung der Pflichtstunden
- Anhebung der Entlastungsstunden für Kollegien
- Entlastung für die Dauer des Lehrkräftemangels z.B. durch Aussetzung der QA
- Qualifizierungsangebote für Seiteneinsteiger*innen
- Aufstiegsmöglichkeiten
- Pädagogische Freiheit
- Gute Standards für Inklusion
- Digitalisierung nutzen und Daten schützen (Dienst-Laptops für alle Lehrkräfte)

GEW – wenn es um mehr Qualität in Schule und Unterricht geht.

Unsere Kandidatinnen für den Haupt- und den Bezirkspersonalrat



Isabell Götde-Werth
HPR



Susanne Huppke
HPR



Silke Knabel
BPR



Johanne Duensing
BRP



Elke Hoheisel-Adejolu
BPR

LISTE 2 WÄHLEN!

**Grundschulen
brauchen starke
Personalrät*innen!**



Richtig GEWählt!



„Kolleg*innen eine Stimme geben“

Isabell Gödde-Werth
Grundschullehrerin/
Fachleiterin
GGG Freiligrathstraße



„Gute Bedingungen für Digitalisierung“

Elke Hoheisel-Adejolu
Grundschullehrerin
Schule im Süden



„Entlastung schaffen – Konzentration auf die Kernarbeit“

Johanna Bohr
Grundschullehrerin
Kardinal-Frings-Schule



„Ich brenne für Chancengleichheit“

Anja Schübler-Klein
Sonderpädagogin
GGG Breslauer Straße



„Gesund bleiben in der Schule“

Martina Schütte
Sonderpädagogin
GGG Halfengasse



„Teilzeit muss für alle möglich sein“

Anke Bieberstein
Grundschullehrerin
GGG Weimarer Straße



„Beruf und Familie – das muss gehen“

Jessica Fischer
Grundschullehrerin
GGG Kirchweg



„Multi-professionelle Teams an jeder Schule“

Regina Hiertz
Dipl.-Sozialpädagogin
GGG Europaring

Unsere Kandidat*innen für den Örtlichen Personalrat



„Arbeiten bei fairer Bezahlung“

Thomas Ridder-Padberg
Dipl.-Sozialpädagoge
Schule Kunterbunt



„Irgendwann ist Schluss – Wege in den Ruhestand“

Sylvia Reichenbach
Sonderpädagogin
GGG Breslauer Straße



„Burn out? – Nein, danke!“

Thorsten Albersmann
Sonderpädagoge
KGS Heßhofstraße



„Kompetente Beratung für mehr Zufriedenheit“

Birten Gündüz
HSU-Lehrerin
GGG Lustheider Straße



„Ich brenne für gelebte Inklusion“

Silke Knabel
Sonderpädagogin
Schule Kunterbunt



„Vielfalt wertschätzen“

Ali Dogan
HSU-Lehrer
GGG Bernkasteler Straße



„A 13/EG 13 – gleiches Geld für gleichwertige Arbeit“

Katja Nielsen
Grundschullehrerin
GGG Lindenbornschule



Das Foto zeigt v.l.n.r.: Julia Urban, Claudia Seidel, Karin Distler, Annabelle Navarro Garcia, Lutz Schörken-Koch, Claudia Weiß, Nicola Schäbitz, Martina Andiel. Nicht im Bild, aber auch kandidierend: Julia Schipper, Ralph Heym, Philip Kurzweg und Hakan Türken.

Kandidat*innen Hauptschule

Jede dritte Hauptschule in NRW steht vor der Schließung. Die nicht schließenden, bestehenden Hauptschulen haben einen Anspruch auf Wertschätzung, Qualität, personelle und sächliche Ausstattung und Unterstützung auf der Höhe der Zeit.

Pädagogische Innovation, Spiegelbild gesellschaftspolitischer Entwicklungen, direkte Nähe zum Schülerklientel, Vorreiter für Integration und Inklusion: Die Beschäftigten in den Hauptschulen erfüllen ihren pädagogischen Auftrag mit Herzblut und Engagement.

Integration, Inklusion, Digitales Lernen, Weiterentwicklung eines Sozialindex, Abschulung, Gesundheitsschutz, befristete Arbeitsverhältnisse, Maßnahmepakete gegen den Lehrkräftemangel sind exemplarische Bereiche, die sich auf die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in der Schule auswirken und sich in der Personalratsarbeit niederschlagen.

Als erfahrene und engagierte GEW-Personalräte und GEW-Personalrätinnen sind wir Ihre Interessenvertreter*innen, Unterstützer*innen und Begleiter*innen mit kompetenter Beratung und der Unterstützung einer starken Gewerkschaft auf allen Ebenen der Städte, Kreise und des Landes, in den Schülern, der Bezirksregierung und beim MSB.

Deshalb: GEW wählen!



Karin Distler, für den Hauptpersonalrat Hauptschule beim MSB



Lutz Schörken-Koch, Listenführer für den Bezirkspersonalrat Hauptschule bei der Bezirksregierung Köln



Andreas Haenlein



Dr. Martin Pötz



Dr. Alexander Fladerer



Heike Wichmann



Gudrun Skeide-Panek

Bezirkspersonalrat Gymnasium

Mitbestimmung macht Schule

Selbstverwirklichung, Zufriedenheit und Gerechtigkeit sorgen für einen attraktiven und gesunden Arbeitsplatz. Ärger, Frust und Stress hingegen wirken dem entgegen und werden ausgelöst durch ein Gefühl der Ohnmacht, der Intransparenz und Willkür. Dem zu begegnen stehen jedoch Wege der aktiven Mitgestaltung schulischer Arbeitsabläufe zur Verfügung. Diese sind im Schulgesetz knapp, aber eindeutig festgehalten und weisen konkrete und vielfältige Mitbestimmungswege auf. Nehmen Sie diese selbstbewusst und aktiv wahr und stärken Sie so demokratische Prozesse an Ihrer Schule.

Was können Sie tun?

Wir ermutigen Sie zur Wahrnehmung Ihrer Rechte, die das Schulgesetz der Lehrerkonferenz zuweist. Sie entscheiden als Kollegium u.a. über die Grundsätze für die Unterrichtsverteilung, die Aufstellung von Stunden- und Vertretungsplänen sowie die Vergabe der Anrechnungstunden. Darüber hinaus kann die Lehrerkonferenz über weitere Angelegenheiten entscheiden, die Sie als Lehrer und Lehrerin betreffen, ohne dass der Vorschlag von der Schulleitung kommen muss. Damit sind Sie aktiv an der Gestaltung Ihres Arbeitsplatzes und der Verteilung der anfallenden Aufgaben beteiligt und sorgen für Transparenz und Gerechtigkeit.

Was können wir tun?

Wir unterstützen Sie bei der Umsetzung Ihrer Rechte durch die Bereitstellung bewährter Konzepte, z.B. für Korrektorentlastung, Regelungen für Vertretungsunterricht und Teilzeitvereinbarungen an Ihrer Schule. Wir informieren und beraten das Kollegium, den Lehrerrat und die Schulleitung bei der Entwicklung und Anpassung dieser Konzepte an die konkrete schulische Situation. Schließlich agieren wir als Bindeglied zwischen Ihnen, Ihrer Schulleitung und der Bezirksregierung, vermitteln in strittigen Anliegen und begleiten Sie bei unterschiedlichen Gesprächsanlässen.

Was können wir gemeinsam tun?

Wir stärken Sie und die Lehrerräte bei der Wahrnehmung ihrer Mitbestimmungsrechte konkret und kontinuierlich durch allgemeine wie spezielle und individuelle Fortbildungsangebote. Gemeinsam können wir die aktive und demokratische Mitwirkung an Entscheidungen von Lehrerkonferenzen sicherstellen.

**100 Jahre GEWerkchaftliche Mitbestimmung –
GEWerkchaft wirkt**



Realschulen brauchen gute Bedingungen für gute Arbeit!

Realschulen waren in den letzten Jahren starken strukturellen Veränderungen unterworfen, durch welche sich die Arbeitsbelastung aller Kolleg*innen stark erhöht hat. Die meisten Realschulen arbeiten im Ganztags, inklusiv und mit sehr heterogener Schülerschaft. Wir unterrichten auch Schüler*innen mit eingeschränkter Realschulempfehlung und von den Gymnasien kommende Schulformwechsler. Hinzu kommen noch die an vielen Realschulen angegliederten Vorbereitungsklassen. Ungeachtet der veränderten und herausfordernden Bedingungen leisten wir Realschullehrer*innen engagierte und gute Arbeit.

Nach wie vor sind die Forderungen nach einer Senkung des Stundendeputats, einer Verbesserung der Schüler*innen-Lehrer*innen-Relation und der Einstiegsbesoldung nach A 13/EG 13 bis jetzt nicht erfüllt worden! Das Stundendeputat an Realschulen liegt, im Gegensatz zu dem an Gesamtschulen und Sekundarschulen und an Gymnasien, immer noch bei 28 Stunden. Die

Lehrer*innen an Realschulen werden weiterhin mit A 12/EG 11 besoldet und die Beförderungsstellen zu A 13/EG 13 reichen bei weitem nicht aus. Daher kämpfen wir GEW-Personalrät*innen konsequent für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und für eine faire Besoldung!

Zudem stehen wir Euch gerne bei der Lösung dienstlicher Fragen und Problemen zur Seite und vertreten Eure Interessen gegenüber der Dienststelle. Wir informieren und beraten Euch bei einem BEM-Angebot oder einer amtsärztlichen Untersuchung, bei Versetzungswünschen oder Abordnungen, bei Fragen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz, bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und wir begleiten Euch zu Dienstgesprächen. Sprecht uns an!

Damit wir Euch weiterhin kompetent und engagiert beraten und vertreten können, wählt GEW – Liste 2! Mit Eurer Stimme können wir unsere Arbeit für Euch fortsetzen!

GEW *wirkt!*
NRW.

Unsere Kandidat*innen für den Personalrat an Realschulen



Katrin Reininghaus
katrin.reininghaus@gew-nrw.de



Sabine Foike-Philipps
sabine.foike-philipps@gew-nrw.de



Rolf Haßelkus
rolf.hasselkus@gew-nrw.de



Dietgard Schwarz
dietgardschwarz@t-online.de



Karen Kiethe
karenkiethe@gmail.com



Karin Vogelpohl
vogelpohl@peter-ustinov-realschule.de



Unsere Kandidatin für den Hauptpersonalrat
Elke Koßmann
elke_kossmann@web.de

Wir stellen uns vor:

Das Kölner Kandidat*innenteam für die Personalratswahl an Förderschulen und Schulen für Kranke



Kölner Personalratskandidat*innen v.l.n.r.: Heiner Brokhausen, Esther Brandt, Maren Bennemann, Elisabeth Sussiek-Sorajic

Eure Themen sind uns ein Anliegen



Lust auf Team – Teamzeit ist Arbeitszeit

Esther Brandt
 Lehrerin an der Eduard-Mörrike-Schule, Förderschule Emotionale und soziale Entwicklung
 Aktives Mitglied der Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe und im Geschäftsführenden Vorstand des Stadtverbandes Köln tätig



Fair Pay – Gerechte Bezahlung für Tarifbeschäftigte

Heiner Brokhausen
 Tarifbeschäftigter Lehrer an der Förderschule Emotionale und soziale Entwicklung Zülpicher Straße
 Aktives Mitglied der Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe und im Geschäftsführenden Vorstand des Stadtverbandes Köln tätig
 Langjährige Erfahrung in Personalratsarbeit

Sonderpädagogik = Vertretungsreserve? – Echte Inklusion machen!

Elisabeth Sussiek-Sorajic
 Tarifbeschäftigte Lehrerin an der Förderschule Lernen Thymianweg, Teilstandort Porz und im Gemeinsamen Lernen an der Elly-Heuss-Knapp-Realschule
 Aktives Mitglied der Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe



Datenschutz, aber sicher! – Datensicherheit verantwortet der Arbeitgeber

Maren Bennemann
 Lehrerin an der Schule Auguststraße, Förderschule Emotionale und soziale Entwicklung
 Mitglied des Lehrerrates
 Vorsitzende der Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe

Der Austausch mit Euch ist die Grundlage für unsere Arbeit, damit wir uns für Eure Interessen einsetzen können.



Unsere GEW Kandidat*innen für den Personalrat Gesamtschule, Gemeinschaftsschulen, Sekundarschulen und PRIMUS-Schulen.

Wofür steht die GEW?



Vera Knopp, seit 2016 Vorsitzende des Personalrats Gesamtschule. Listenführerin. Gesamtschule Pulheim.



Annette Schmidt, Lise-Meitner-Gesamtschule



Hannes Kuhlmann, Gesamtschule Holweide



Bettina Grimberg-Stahl, Gesamtschule Hürth

Liebe Kolleg*innen,

ziemlich initiativ sind die GEW-Fraktionen im Bezirkspersonalrat und im Hauptpersonalrat für Gesamtschulen, Gemeinschaftsschulen, Sekundarschulen und PRIMUS-Schulen nicht nur in Zeiten des Personalratswahlkampfes.

Die letzten Personalratswahlen 2016 hatte die GEW im Bereich der genannten Schulformen mit großer Mehrheit gewonnen. Das bedeutete für uns einen großen Vertrauensvorschuss für unsere Arbeit, aber es war auch ein Auftrag, uns vom ersten Tag an für die Interessen der von uns vertretenen Kolleg*innen einzusetzen.

... unsere Erfolge als GEW-PR auf Bezirksebene (Bezirkspersonalrat):

Die Personalratsarbeit besteht aus individuellen Beratungen und Unterstützungsange-

boten. Wir beraten z.B. bei Versetzungsanträgen oder Eingruppierungsfragen und allen Fragen rund um Schul- und Dienstrecht. Für die/den Einzelnen konnten wir oft viel erreichen und zur Verbesserung ihrer/ seiner individuellen Situation beitragen.

Wir unterstützten die Lehrerräte an unseren Betreuungsschulen mit Informationen und Konzepten. Es ist uns ein Anliegen, die Mitwirkungsrechte der Kollegien in der Lehrerkonferenz zu stärken.

Unsere Mitwirkungsmöglichkeiten und Mitbestimmungsmöglichkeiten im Rahmen von Beteiligungsverfahren für die vom MSB bereits verfassten Erlasse sind dagegen durch die rechtlichen Rahmenbedingungen eingeschränkt. Aber auch hier bringen wir uns immer wieder konstruktiv mit Änderungs- und Erweiterungsvorschlägen ein oder erkämpfen, sofern es sein muss, unsere Beteiligungsrechte vor Gericht.

... unsere Erfolge als GEW-PR auf Landesebene (Hauptpersonalrat):

In Zeiten der Pandemie an der Seite der Beschäftigten an den Schulen Die Corona-Krise fegte wie ein Tsunami auch über die Schulen hinweg. Nichts war mehr so wie vorher. Vieles wurde in Frage gestellt und musste neu gedacht werden. Hier war und ist Leitlinie unseres Handelns, die Interessen der Beschäftigten zu vertreten und vor allem sicherzustellen, dass ihr über die jeweils aktuellen Entwicklungen informiert werdet. Diesen Grundsätzen haben wir in zahllosen Gesprächen und Sitzungen im MSB und mit der zeitnahen Veröffentlichung etlicher Infos entsprochen. Themen waren unter vielen anderen z. B. der Einsatz von Lehrkräften, die Risikogruppen angehören, die Hygieneregeln an den Schulen, die Planung und Umsetzung der Notbetreuung an den Wochenenden und in den Ferien, die Absicherung von Vertretungslehrkräften.

... unsere Hauptforderungen:

- Mehr Geld für Bildung! Die GEW kritisiert massiv die Unterfinanzierung der Bildung, die in vielerlei Hinsicht für die unsäglichen Bedingungen an den Schulen verantwortlich ist.
- JA 13 – A 13 Z für Alle. Mit der Änderung des Lehrerausbildungsgesetzes (Masterabschluss) sollen künftig alle Lehrkräfte unabhängig vom Lehramt besoldungsrechtlich gleichgestellt werden.
- Die Lücke bei der ungleichen Bezahlung von tarifbeschäftigten und verbeamteten Lehrkräften muss endlich geschlossen werden.
- Anreize, Entlastung und bessere Arbeitsbedingungen insbesondere an schwierigen Schulstandorten müssen geschaffen werden.
- Zusätzliche Ressourcen für Schulen mit Teilstandorten zuweisen.
- Seiteneinsteiger*innen brauchen Ausbildung und berufliche Perspektiven.
- Inklusion muss Aufgabe aller Schulformen sein.
- Es muss von der Landesregierung Druck auf die Schulträger ausgeübt werden, dass die Vorgaben des Erlasses zur Neuausrichtung der Inklusion (25-3-1,5) umgesetzt werden können.
- Es müssen mehr Sonderpädagog*innen ausgebildet werden!
- An den Schulen müssen bessere Fortbildungsmöglichkeiten für Regelschulkräfte angeboten werden!
- Alternative Verkehrsmittel wie Jobticket und Fahrräder ermöglichen.
- Bessere Bezahlung für Schulsozialarbeiter*innen analog zu EG 11.
- Dienstliche Endgeräte für alle Lehrkräfte (s. auch unter Erfolge)!



Eva Caspers, Sekundarschule Wermelskirchen

Dienstliche Endgeräte für alle Lehrkräfte!

Auf allen in den Bezirken stattfindenden Personalversammlungen war das Thema „Nutzung von privaten Endgeräten“ in Schule Top-Thema. Die GEW fordert seit langem, alle Lehrkräfte mit digitalen Endgeräten und geeigneter Software auszustatten und den erforderlichen Support zu gewährleisten. Es gab einen entsprechenden Initiativantrag (Endgeräte für Seminausbilder*innen) des HPR und die GEW hat rechtliche Schritte (Musterverfahren dienstliche Endgeräte für Lehrkräfte) unternommen. Nun hat die Landesregierung auch unter dem Eindruck der Erfahrungen im Rahmen der Pandemie angekündigt, alle Lehrkräfte mit digitalen Endgeräten und geeigneter Software auszustatten. Aufgrund der Erfahrungen mit der Landesregierung werden die GEW und ihre Personalräte diesen Prozess kritisch begleiten.

Laufbahnwechsel verlässlich gemacht

Seit fast 30 („dreißig“!) Jahren versagt die Politik in NRW bei dem Problem, dass man zwar viele Lehrkräfte für die Sek II (A 13 Z) ausbildet, sie aber anschließend in vielen Fällen nur Stellen



Ines Bartenstein, Max-Ernst-Gesamtschule



Ulla Hippe, Europaschule Zollstock



Almut Liers, Max-Ernst-Gesamtschule Köln



Nick Bauermeister, Lise-Meitner-Gesamtschule



Gwendolin Kreutz, Heinrich-Böll-Gesamtschule



Guido Schönian, Lise-Meitner-Gesamtschule



Florian Gatz, Willy-Brandt-Gesamtschule



Pascal Bacher, Lise-Meitner-Gesamtschule

Einstieg in die Bereitstellung dienstlicher Endgeräte für ZfsL bereits erreicht!

Fachleiter*innen arbeiten ständig mit personenbezogenen Daten von Lehramtsanwärter*innen. Es ist ihnen derzeit oft nur möglich, Gutachten auf privaten Endgeräten zu schreiben. Der HPR sieht dies äußerst kritisch und hat deshalb auch hier eine Initiative gestartet. Dieser Antrag hat jetzt Wirkung gezeigt.

für die Sek I (A 12) bekommen. Stellen für den „Laufbahnwechsel“ von A 12 auf A 13 werden seit einigen Jahren im Regierungsbezirk Köln nicht mehr vorgesehen. Nun haben die beharrlichen Bemühungen der GEW und die für das Land prekäre Situation am Arbeitsmarkt für Lehrkräfte in der Sek I eine erste positive Wendung gebracht: Bei Neueinstellungen im Bereich der Sek I wurde die Möglichkeit eröffnet, Stellen für Lehrkräfte mit dem Lehramt Gy/Ge (Sek II) so auszuschreiben, dass nach vier Jahren verlässlich ein Laufbahnwechsel auf eine Sek II-Stelle angeboten wird. Für die Kolleg*innen an den Gesamtschulen und Sekundarschulen, denen bisher seit Jahren der Laufbahnwechsel verwehrt bleibt, versucht die GEW eine Perspektive zu schaffen.



Liste 2 - Berufskolleg: (v.l.n.r.) Manuel Klüser, Christiane Hahn, Jörg Buschmann, Thomas Wesseler, Dieter Schultheis, Ruth Elsing, Conny Nieswandt

Bezirkspersonalrat Berufskolleg

Eine der größten aktuellen Herausforderungen für den Personalrat sehen wir in der zunehmenden Digitalisierung von Schule. Hier gilt es, für unsere Kolleg*innen Rahmenbedingungen einzufordern, dass diese ohne zusätzliche zeitliche als auch kostenmäßige Belastungen, die geforderte Datensicherheit bzw. den notwendigen Datenschutz einhalten können.

In Zukunft wollen wir eure Interessen noch besser durchsetzen. Dafür brauchen wir deine Stimme!

Thomas Wesseler, Mies-van-der-Rohe-Berufskolleg Aachen, Beamter

Gewerkschaft im öffentlichen Dienst, das ist doch völlig überflüssig. So naiv habe ich als Student mehrere Jahre bei der Stadt Aachen gearbeitet, bis ich gemerkt habe, dass mir Urlaubsansprüche und familienbezogene Lohnbestandteile vorenthalten wurden. Eine starke Gewerkschaft und ein guter Personalrat hat mir zu meinem Recht verholfen.

Seitdem ist mir klar, egal ob angestellt oder verbeamtet: für seine Rechte muss man auch im öffentlichen Dienst immer wieder kämpfen. Dafür stelle ich mich mit meiner Erfahrung und dem Know-how einer starken Gewerkschaft im Rücken wieder für euch im Berufskolleg als Personalrat zur Wahl.

Christiane Hahn, Bergisches Berufskolleg Wermelskirchen, Tarifbeschäftigte

Nach meinem Referendariat war ich 6 Monate zu alt für die Verbeamtung. Zusagen beim Einstellungsverfahren wurden nicht eingehalten. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf war nicht immer leicht. Seitdem gehe ich mit vielen anderen Kolleg*innen für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und mehr Lohngerechtigkeit regelmäßig auf die Straße.

In meinen 10 Jahren als Lehrerrätin war es für mich selbstverständlich, meine Kolleg*innen konstruktiv beratend zu unterstützen und gemeinsam pragmatische Lösungen bei Konflikten zu finden. Im Stadtverband der GEW Leverkusen war ich jahrelang aktiv.

Seit 2012 bin ich im Personalrat. Hier ist die Aufrechterhaltung der Gesundheit der Lehrer*innen immer häufiger der Schwerpunkt meiner Beratung.

Es tut gut, mit der GEW dabei eine starke Gewerkschaft im Rücken zu haben, um für andere stark sein zu können.

Jörg Buschmann, Georg-Simon-Ohm-Berufskolleg Köln, Beamter

Eine Arbeitswelt ohne gewerkschaftliche Interessenvertretung führt immer zu schlechteren Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmer*innen. Aus dieser Überzeugung heraus bin ich schon als Student der Betriebswirtschaftslehre Mitglied unserer GEW geworden.

In meinen ersten Berufsjahren bin ich als Controller für die Postgewerkschaft in den Betriebsrat eines großen deutschen Telekommunikationsunternehmens gewählt worden. Diese ersten gewerkschaftlichen Lehrjahre in der Praxis waren für mich eine wertvolle Erfahrung, die ich in meiner neunzehnjährigen Tätigkeit als Lehrerrat an meiner Schule sehr gut nutzen konnte.

Seit dem Jahr 2014 bin ich zudem Mitglied des Personalrats Berufskolleg. Mich motiviert die kollegiale Zusammenarbeit und gemeinsame Überzeugung in unserer Fraktion, immer wieder für unsere Kolleg*innen zu kämpfen und unserer Gewerkschaft im Personalrat ein unverwechselbares Gesicht zu geben.

Conny Nieswandt, Berufskolleg Bergheim, Tarifbeschäftigte

Ich bin seit Studienzeiten GEW-Gewerkschafterin, weil ich im SoWi- und Kunststudium und in studentischen Gremien gelernt habe, dass du dich auf der Arbeitnehmer*innenseite organisieren musst, um gute Arbeits- und Lebensbedingungen zu erreichen. Diese Aufgaben erledigen sich nie von selbst!

Seit 2016 arbeite ich im Bezirkspersonalrat mit. Als langjährige Lehrerrätin weiß ich, dass es einen langen Atem und Geduld braucht, um die Dinge voranzubringen. Ich engagiere mich als tarifbeschäftigte Lehrerin im Angestelltenarbeitskreis des Kölner Stadtverbands der GEW, außerdem für den Arbeits- und Gesundheitsschutz und die Weiterentwicklung der Berufskollegs in den Gremien der GEW NRW.

Dieter Schultheis, Bergisches Berufskolleg Wipperfürth, Tarifbeschäftigter

Kurz nachdem ich als Seiteneinsteiger in den Schuldienst eingetreten bin und aufgrund meines Alters nicht verbeamtet wurde, war für mich klar: Wir benötigen eine starke Interessenvertretung der Tarifbeschäftigten. In der GEW habe ich diese gefunden und seitdem engagierte ich mich u. a. im Fachgruppenausschuss Berufskolleg sowie in der Landestarifkommission.

An meiner Schule bin ich Mitglied im Lehrerrat seit 8 Jahren. Mit meinen Kolleg*innen aus dem Lehrerrat haben wir dort unsere Aufgaben grundsätzlich neu definiert: weg von einem Feiernemium, hin zu einem aktiven, sich konstruktiv einmischenden Lehrerrat.

Mitglied im Personalrat bin ich seit 5 Jahren. Hier sehe ich meine wichtigste Aufgabe darin, vor Ort einzelne Kolleg*innen zu informieren und zu beraten und die anstehenden Entscheidungen im Personalrat in ihrem Sinne zu vertreten.

Ruth Elsing, Ludwig-Erhard-Berufskolleg Bonn, Beamtin

Begonnen habe ich meine Tätigkeit an einer Schule in kirchlicher Trägerschaft. Die eigene Erfahrung, dass konträre Meinungen hier keinen Platz fanden, hat mich zu meinem Engagement in der Gewerkschaft geführt.

Ich habe festgestellt, „nur gemeinsam sind wir stark und können etwas verändern“.

Nach 7 1/2 Jahren Tätigkeit im Bezirkspersonalrat Köln bin ich seit einem halben Jahr im Hauptpersonalrat Düsseldorf.

Ich setze mich insbesondere

- für bessere Arbeitsbedingungen aller Lehrkräfte ein,
- für die Stärkung der Aus- und Weiterbildung
- und die Gleichstellung der Geschlechter auch in Bezug auf Leitungspositionen.

Für solidarische Verbesserungen und gesellschaftliche Anerkennung der Arbeit der Lehrkräfte Liste 2 - GEW wählen.

Manuel Klüser, Adolf-Kolping-Berufskolleg Kerpen, Beamter

Seit meiner Lehre zum Zimmerer bin ich Mitglied in der Gewerkschaft (damals noch in der IG BAU). Die Ungerechtigkeiten in der Arbeitswelt haben mich stets zum Engagement in der Gewerkschaft motiviert. Daher bin ich seit mehreren Jahren Mitglied im Lehrerrat an meiner Schule und Vorsitzender der Fachgruppe Berufskolleg im Rhein-Erft-Kreis.

Aktuell befasse ich mich insbesondere mit den arbeits- und datenschutzrechtlichen Problemlagen, die sich aus der Digitalisierung des Schulbetriebes ergeben. Daher bin ich in der AG Digitalisierung der GEW in Köln aktiv. Diese Problemlagen haben durch die aktuelle Corona-Krise weiter an Bedeutung gewonnen und die desolaten Verhältnisse an den Schulen offenbart. Hier gilt es künftig, die Kolleg*innen angemessen mit digitalen Endgeräten auszustatten und die arbeits- und datenschutzrechtlichen Anforderungen zu gewährleisten.

Seit Januar diesen Jahres bin ich stellvertretender Personalrat und würde mich freuen, wenn ich durch Stimmenzuwachs für die GEW-Fraktion die oben genannten Interessen und Ziele für die Kolleg*innen als reguläres Personalratsmitglied vertreten dürfte.

GEW/ wirkt!
NRW.



An das Ministerium
für Schule und Weiterbildung
des Landes NRW

z.Hd. Frau Ministerin Gebauer

im Juni

Sehr geehrte Frau Ministerin Gebauer,

bezogen auf das Krisenmanagement Ihres Ministeriums in den vergangenen Wochen möchte ich Ihnen meine Stellungnahme für Ihre Evaluation zukommen lassen.

Seit März setzen wir an der [redacted] Ihre Vorgaben zum Umgang mit dem Coronavirus auf der Grundlage der schulischen Voraussetzungen um.

Wir haben zum Beispiel

- die Schule kurzfristig in die Schließung geführt, dabei die Kinder bereits zu Beginn mit entsprechenden Arbeitsaufträgen und Lernmaterialien ausgestattet,
- eine Notbetreuung aufgebaut, mehrfach erweitert und mit einem erheblichen personellen Einsatz verwaltet (zuletzt waren hier ca. 25% unserer Schülerinnen und Schüler angemeldet),
- Hygienekonzepte entwickelt und angepasst, den Schulhof und das Gebäude entsprechend vorbereitet,
- an unseren schulischen Konzepten weitergearbeitet,
- unsere Schülerinnen und Schüler gemäß den formulierten Vorgaben regelmäßig mit Lernaufgaben für das Distanzlernen versorgt,
- telefonisch den persönlichen Kontakt mit den Kindern und ihren Familien gehalten,
- sichergestellt, dass auch die Kinder ohne digitale Endgeräte bzw. Drucker ihre Lernaufgaben und Materialien erhalten,
- Materialausgaben mit Kurzberatungsgesprächen unter den hygienischen Vorgaben für die Kinder und deren Eltern organisiert,
- die Wiedereröffnung für die Viertklässlerinnen und Viertklässler geplant und kommuniziert,
- diese wieder zurückgenommen,
- die Schulöffnung für alle Kinder bis zu den Sommerferien geplant (dabei eine von Ihren Vorgaben zum rollierenden System abweichende Alternative durch die alle Kinder bei ihrer Klassenleitung unterrichtet werden konnten, entwickelt und durch die Schulaufsicht genehmigen lassen) und kommuniziert,
- unsere Zeugnisse an die aktuelle Situation rechtssicher angepasst,
- dieses Konzept „rollierendes System“ aufgrund der 23. Schulmail wieder zurückgenommen,
- die Wiedereröffnung der Schule für alle Kinder nach der Idee der konstanten Lerngruppen geplant, gestaffelte Anfangs-, Pausen- und Endzeiten organisiert und die Pläne kommuniziert.

Das Informationsmanagement Ihres Ministeriums habe ich in dieser Zeit als verunsichernd und belastend empfunden, da zuerst die Presse (und damit auch die Eltern der Schule) informiert wurde bevor die Schulen die offiziellen Anweisungen und Informationen erhalten haben.

An dieser Stelle auch der Hinweis, dass ich als Schulleiterin trotz Schulschließung umfassend in der Schule gearbeitet habe, auch in den Osterferien und an den Wochenenden, um u.a. die Schulmails, die uns regelmäßig zum Wochenende erreichten, auszuwerten und entsprechend umzusetzen. Es galt damit auch für mein Kollegium, dass es eine ständige Erreichbarkeit sicherstellen musste, um bei Bedarf zügig reagieren zu können. Eine hohe Flexibilität musste das Kollegium ebenfalls bezogen auf seine Dienstzeiten zeigen, die z.B. aufgrund der dynamischen Entwicklung der Zahlen in der Notbetreuung oftmals nur sehr kurzfristig kommuniziert werden konnten und so z.B. die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erschwerten.

Ihre Äußerung in der Öffentlichkeit, dass die Schulleitungen ab dem 4. Mai in die Schulen zurückkehren, trifft daher in keiner Weise zu. Einem positiven Bild von Schule und Lehrkräften in der Öffentlichkeit tragen diese Äußerungen vermutlich nicht zu.

**Wir dokumentieren hier das Schreiben einer Kölner Schulleitung an Schul- und Bildungsministerin Gebauer, FDP.
Bis Redaktionsschluss lag leider keine Antwort vor.**

In Zusammenhang mit Ihrem Informationsmanagement möchte ich weiterhin darauf hinweisen, dass es auch der Schulaufsicht unmöglich gemacht wird ihren Beratungsauftrag wahrzunehmen, wenn sie innerhalb der kurzen Planungszeitfenster inhaltlich frühestens zeitgleich mit den Schulleitungen informiert werden. Somit wurde auch hier der zu erwartende Dienstweg (top → down) nicht eingehalten.

Ich möchte außerdem anmerken, dass meinem Empfinden nach in den Schulmails die Schulform Grundschule (vor allem der Grundschulen im gemeinsamen Lernen) stets eine untergeordnete Rolle zukam und ich in einer dynamischen und unsicheren Situation Informationen aus Anweisungen an verschiedene Schulformen zusammentragen musste. Hier könnte durch ein verändertes Informationsmanagement insgesamt einer Fehleranfälligkeit entgegen gewirkt werden.

Auch die Bearbeitung der schulischen Aufgaben „außerhalb von Corona“ mussten in den letzten Wochen immer wieder unterbrochen und zurückgestellt werden, so dass auch hier immer wieder nachgesteuert wurde. Die daraus resultierende Kurzfristigkeit in der Kommunikation mit den Eltern war kennzeichnend und hat verständlicherweise zu Unmut geführt, den wir auf schulischer Ebene auffangen und bearbeiten mussten.

Mit der durch Ihre Informationspolitik entstandenen Erwartungshaltung auf Elternseite zur digitalen Gestaltung des Distanzlernens, musste ich in der Schule umgehen und immer wieder erklären, dass die Voraussetzungen (z.B. W-LAN in der Schule und sichere Endgeräte für Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler) hierfür weder auf kommunaler noch auf Landesebene in unserer Schule geschaffen sind. Dass bei Eltern der Eindruck entstand, dies sei ein Versäumnis der Schule ist eine Nebenerscheinung, die durch eine entsprechende Kommunikation des MSB vermeidbar gewesen wäre.

Ich begrüße daher Ihre Bestrebungen zum Ausbau der Digitalisierung sehr und blicke der notwendigen entsprechenden Ausstattung (u.a. der Versorgung mit sicheren digitalen Endgeräten) sowie den angekündigten Weiterbildungsmöglichkeiten für mein Kollegium freudig entgegen.

Bezogen auf Ihre Entscheidung zur Rückkehr der Grundschulen in den Regelbetrieb hätte ich erwartet, dass das Infektionsgeschehen in den kommenden beiden Wochen durch breit aufgestellte und regelmäßige Testungen von Lehrkräften, pädagogischen Mitarbeiter*innen und Kindern begleitet wird oder die Mitarbeiter*innen durch weitere Vorkehrungen (Spuckschutz, entsprechende Masken) geschützt würden. In diesem Zusammenhang entstandene Sorgen und Befürchtungen von Kolleg*innen, Eltern oder auch Kindern ließen sich bislang nicht vollständig ausräumen. Auch dass der Mindestabstand von 1,5m im Klassenraum keine Rolle mehr spielt, lässt sich nur schwer mit Ihrer Begründung „...sofern konstante (Lern-)gruppen gebildet werden können und Infektionsprävention durch Vermeidung von Durchmischung geleistet werden kann.“ vermitteln, da die Regelung von festen Lerngruppen ja schon zuvor umgesetzt wurde.

Am Mittwoch (10.06.2020) erreichte mich schließlich durch das Amt für Schulentwicklung der Stadt Köln und unseren Träger des Offenen Ganztags die Nachricht, dass die Schülerinnen täglich auch in zwei oder drei wechselnden „konstanten Lerngruppen“ unterrichtet/ betreut werden könnten. Dies ist aus organisatorischen Gründen im Rahmen der Ganztagsbetreuung sicher an Schulstandorten nötig, an denen der Offene Ganztag nicht nach dem Prinzip Klasse=Gruppe organisiert ist, widerspricht aber dem in Schulmail 23 formulierten Grundgedanken („... muss eine Trennung der Lerngruppen auch außerhalb des Unterrichts gewährleistet werden“). Auch an dieser Stelle sind Schulleitungen aufgefordert, bereits kommunizierte Planungen zu prüfen, zu verändern und etwaige Nachsteuerungen in der Schulgemeinde zu kommunizieren.

Ich hoffe, dass Sie meine Rückmeldung bei Ihrer Evaluation des Krisenmanagements unterstützt und stehe für Rückfragen selbstverständlich gerne zur Verfügung.

[redacted]

Schöne Grüße vom Grundschul-Poeten ^{*1}

Ich gebe zu, ich bin verwirrt, das Virus ist scheinbar mutiert. In Grundschule greift es nicht an, wie man aus der Mail folgern kann. Auch Reinigung ist nicht vonnöten, in Grundschulen tut es nicht töten, doch wächst in mir die Skepsis dessen, was unser Dienstherr, wie vermessen, als neues Fakt verkaufen will, denn mehr als viel, ist schlicht zuviel. Bisher war'n solch Unwahrheiten, die eig'ne Wege vorbereiten, mir nur bekannt vom Präsidenten, der USA, nicht von den eigenen Regenten. Der Zeitpunkt könnt' nicht dümmere sein, die Konsequenz nicht schlimmer sein, als schnell sich noch zu infizieren, sich vor der ganzen Welt blamieren, bevor man in die Ferien startet, wo sicherlich so mancher wartet, der sich jetzt schlichtweg infiziert, weil Düsseldorf es nicht kapiert.

Antwort von Ministerin Gebauer ^{*2}

Was ist denn schon so schlimm daran? Denn immerhin ist Not am Mann! Um Lehrkraftmangel auszugleichen, Muss Infektionsschutz eben weichen! Hauptsache sind die festen Gruppen, Dann werdet ihr das sicher wuppen. Und die Leut' mit Risiko? Wär'n früher/später eh k.o. Für uns ist das ein guter Test, ob Schule sich jetzt öffnen lässt.

Denn werden dann die Leute krank, dann in den Ferien, Gott sei Dank.

Dann kriegt man öffentlich nichts mit - Und wenn es klappt, sind wir der Hit!

Drum, Grundschulen, stellt euch nicht an! Die Andern, die sind auch bald dran...

^{*1} Verfasser unbekannt, Reaktion auf die 23. Schulmail, die über die Wiederaufnahme des „Normalbetriebs“ an den Grundschulen zwei Wochen vor Schuljahresende, die u. a. mit der Aufgabe des Mindestabstands von 1,5 Metern einherging, informierte.

^{*2} Eva-Maria Zimmermann, fiktive Antwort von Yvonne Gebauer.

OGS – Ein Missverständnis der Schulpolitik wird deutlich

Wir schreiben das Jahr 2004, der Pisa-Schock sorgt für ein Umdenken in der Politik, die Umstellung auf „ganztägig Schule“ wird initiiert und durchgeführt. Das alles, um Bildungsbenachteiligten bessere Chancen zu bieten - eine gute Idee, wie skandinavische und asiatische Länder zeigen. // **OGS-Mitarbeiter und GEW-Mitglied**



Was das alles mit der aktuellen Pandemie zu tun hat?

Auf den ersten Blick nicht viel, weil die Beschäftigten der OGS nach denselben Gesundheitsschutzregeln und Risikoeinschätzungen etc. gearbeitet haben, wie die in anderen pädagogischen Bereichen Beschäftigten (z. B. Kitas) und ihre Arbeitsleistung bereits finanziert ist.

Aber: Für eine OGS mit 350 Kindern arbeiten nicht nur ca. 30 pädagogische Mitarbeitende (davon die meisten festangestellt - befristet oder unbefristet), sondern zusätzlich Honorarkräfte, Übungsleiter*innen und Küchenergänzungskräfte. Und diese Menschen arbeiten noch prekärer - wenn es dieses Wort überhaupt gibt - als die ohnehin schon Prekären: das Küchenpersonal (bei 350 Kindern drei bis vier Küchenergänzungskräfte) wird, mit Ausnahme der Küchenleitung, aus den Einnahmen durch das Essensgeld der Eltern bezahlt.

Was, wenn wie jetzt in den Corona-Wochen, die Eltern das Essensgeld nicht zahlen (müssen)? Kurzarbeit für Menschen, die ohnehin nur 450-950 Euro brutto im Monat bekommen?

Ein anderes Beispiel: Eine Kunstpädagogin führt einmal wöchentlich eine AG in einer OGS durch und erhält für zwei Stunden ein Honorar von 50 Euro - mehr ist nicht drin (siehe auch die skandalösen Honorarsituationen an deutschen Hochschulen)! Die AG fällt jetzt aus und die Kunstpädagogin muss sehen, wo sie bleibt.

Mein Eindruck, erst recht mit der warschnellen Öffnung der Grundschulen und OGS zum 15.6., ist, dass das von der FDP geführte Schulministerium vor allem „ihre“ Klientel bedient hat. Zwar kann ich die volle Öffnung der Schulen unter dem Gesichtspunkt „gut für das seelische Wohl

der Kinder“ gutheißen, aber mit nur ein paar Tagen Vorlauf, für nur 2(!) Wochen? Mit in der OGS bis zu 30 % vorerkrankten Mitarbeiter*innen?

In Düsseldorf und bei der Stadt Köln scheint niemand die Mitarbeitenden der OGS und deren spezielle Situation auf dem Schirm zu haben.

Es gibt ein krasses Gefälle in der Landschaft der in der Pädagogik Beschäftigten:

Hier die gut abgesicherten Beamt*innen und Angestellten im öffentlichen Dienst (Schule und Kitas) und dort die prekär Beschäftigten, mit Gehältern knapp über Mindestlohn. Von allen wird Professionalität verlangt und das leisten die Mitarbeitenden in den OGS auch. Es wird aber höchste Zeit, dass sie die Anerkennung und Wertschätzung und nicht zuletzt dieselbe Bezahlung bekommen wie oben genannte Gruppen. Mit Tariflohn könnte man ja mal anfangen.

Bislang ist die OGS in Köln ein einziges Missverständnis: Als Bildungsangebot gedacht und auf den Weg gebracht, danach jedoch vernachlässigt, übersehen, unterbewertet, unterfinanziert und gering geschätzt.

Mit dieser systemischen Geringschätzung schadet die Politik und die Gesellschaft nicht nur den Kindern und den Beschäftigten im Offenen Ganztags, sondern auch den vielen Lehrer*innen und Schulleiter*innen, die die OGS auf Augenhöhe sehen, die Arbeit der OGS wertschätzen und gut kooperieren wollen.

Noch eine Bemerkung zum Schluss, an „meine“ Gewerkschaft GEW: Bitte macht Euch für uns - einige Tausend in NRW - stark. Damit wir auch einmal die tollen Angebote der Reise-Werbeblätter in der Mitgliederzeitschrift der GEW nutzen können.



Freitag, der 13.: Corona trifft auf OGS

Ein Erfahrungsbericht // **OGS-Leiterin und GEW-Mitglied**

Als am Freitag, 13. März 2020 mit Schulmail-Nr. 4 (vgl. MSB 2020) die Nachricht eintraf, dass der Unterricht ab Montag bis zu den Osterferien ruhen sollte, war keinem bewusst, was für ein Ausmaß das Virus nach sich ziehen würde. Aus dieser Mail ging nicht hervor, in welchem Umfang die Notbetreuung stattfinden sollte, jedoch begann ein Wochenende mit Krisensitzungen und -planungen seitens des Trägers der OGS und Schule sowie deren Leitungen. Dazu zähle ich. Zu meiner Person: Ich bin Sozialpädagogin und Ganztagskoordinatorin sowie pädagogische Leitung einer OGS. Thematisiert wurde unter anderem der Personaleinsatz, die räumlichen Bedingungen, Hygienevorgaben, die Essensversorgung sowie der Schutz der Mitarbeiter*innen in der OGS und Schule. Das erste Wochenende beinhaltete viele

offene Fragen und Unsicherheiten, bis die Schulmail Nr. 5 am Sonntag, 15. März um 20.50 Uhr eintraf. Die Rahmenbedingungen wurden gesetzt, z. B. dass die Notgruppen aus maximal fünf Kindern aus dem bestehenden Klassenverband zusammengesetzt werden und der zeitliche Rahmen sich an dem Schulbetrieb sowie des offenen Ganztags orientieren sollte.

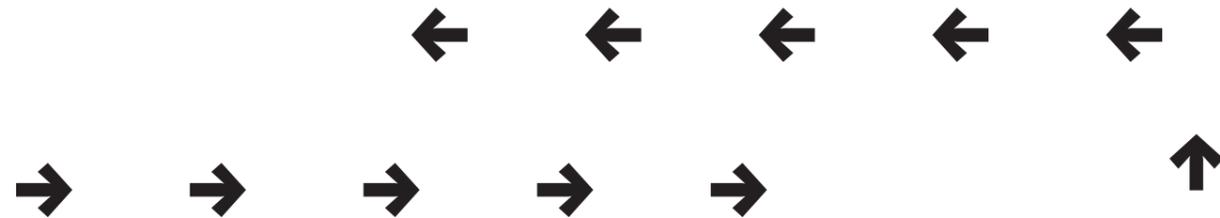
Das ganze Bild von Schule hat sich verändert. Alles ist abgetrennt und abgesperrt, Wege mit rotem Flatterband gekennzeichnet (Einbahnstraßensystem), sodass ein separater Ein- und Ausgang besteht. Die Kinder müssen wie in einer Waschstraße, natürlich mit 1,5 m Abstand, erst Händewaschen, dann desinfizieren und unverzüglich in die Klassenräume auf ihren Sitzplatz gehen. Erst dann dürfen sie den Mundschutz ablegen. Sie dürfen nur mit Handschuhen Dinge be-

rühren. Die Sitzplätze werden dokumentiert. Dieses Prozedere wird bei jedem Raus- und Reingehen (Pausen) des Gebäudes durchgeführt. Der Ablauf ist vergleichbar mit einem Fließband.

Mit Schulmail Nr. 8, wieder ein Freitag (20.03.2020), wurden sämtliche vorherigen Planungen verworfen. Die Notbetreuung wurde erweitert und bei Bedarf samstags und sonntags sowie in den Osterferien angeboten. Mittlerweile wurden 60 Tätigkeitsbereiche für die Notbetreuung als relevant angesehen, die uns vor strukturellen sowie personellen Probleme stellten. Die Gruppengröße von 5 Kindern blieb bestehen. Der Dienstplan wurde nur noch freitags für die kommende Woche erstellt. Zu diesem Zeitpunkt war noch die Planung, dass nach den Osterferien mit den Viertklässlern gestartet wird. Alle Ausarbeitungen wurden darauf

Das ganze Bild von Schule hat sich verändert. Alles ist abgetrennt und abgesperrt, Wege mit rotem Flatterband gekennzeichnet (Einbahnstraßensystem), sodass ein separater Ein- und Ausgang besteht.

Wir hinterfragten den Gesundheitsschutz in diesem Konzept: Die Kinder fahren durchmischte im Schulbus, werden getrennt in Lerngruppen, gehen in neue Gruppen in die OGS und fahren durchmischte nach Hause - wo dann ein älteres oder jüngeres Geschwisterkind aus der Kita oder weiterführenden Schule ist. Wie kann dann eine Infektion nachverfolgt werden? Aber dies sollte nicht Thema dieses Erfahrungsberichtes werden.



ausgerichtet. Die Betreuung bestand mehr daraus, dass sich alle an die Regeln halten, als pädagogische Angebote anzubieten – bei 1,5 m Abstand. Aber es sollte doch anders kommen:

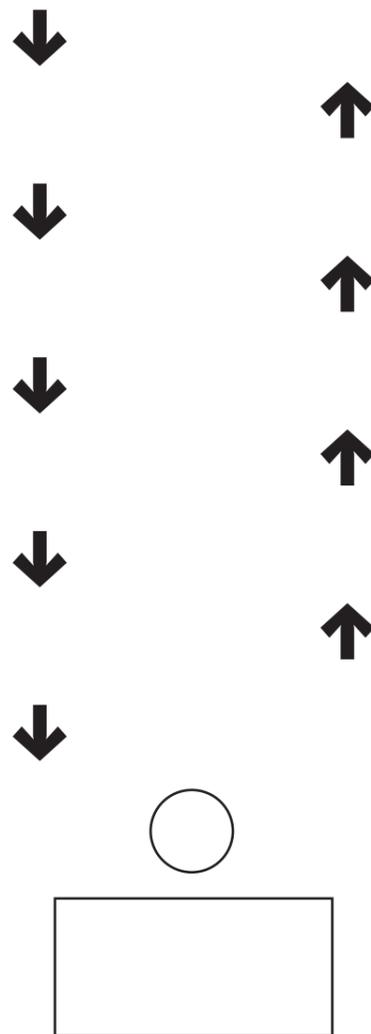
Die Planung mit Fokus auf die Viertklässler konnte verworfen werden. „Ab dem 11. Mai 2020 sollen in einem tageweise „rollierenden“ System die Kinder aller Jahrgangsstufen wieder in „ihre“ Schulen gehen können.“ (MSB 2020) Erstmals wurde in dieser Schulmail Nr. 17 vom 30. April 2020 die OGS erwähnt: „Notbetreuung, OGS und weitere Betreuungsangebote“ (ebd.). Diesmal kam die Nachricht an einem Donnerstag – der Freitag war ein Feiertag. Wieder konnte ein Konzept erarbeitet werden, welche Planungen über Personal, Bustransfer, Essen, Raumverteilungen, Hygienevorschriften usw. enthielt. Alle Eltern wurden über ihren individuellen Präsenztage informiert und Stundenpläne ausgearbeitet. Das rollierende System startete. Kaum eine Woche später, am 05. Juni 2020, kam mit Schulmail Nr. 23 die Information, dass ab dem 15. Juni 2020 – zwei Wochen vor Beginn der Ferien – die Schule für alle geöffnet werden soll. Diesmal unter dem Aspekt „konstante Lerngruppen“ mit „Vermeidung von Durchmischung“. Auch die OGS wird komplett wieder aufgenommen. Die Abstandsregel wird innerhalb der konstanten Lerngruppen aufgehoben und ein Klassenlehrer*innenprinzip sowie gestaffelte Anfangs- und Pausenzeiten vorgegeben.

Für eine kleine Schule wie der, in der ich arbeite, bedeutet dies: 6 Lerngruppen, 6 gestaffelte Anfangs-, Pausen- und Endzeiten, der Bustransfer muss erhöht werden. Wieder wurde ein Wochenende durchgearbeitet und ein hochkomplexes Konzept erarbeitet. Am folgenden Dienstag, nachdem die Planung stand, kam vom Schulamte die Mitteilung, dass innerhalb der OGS eine neue Gruppe gebildet werden könnte. Darauf sind

wir nicht mehr eingegangen, da unsere Planung stand. Wir hinterfragten den Gesundheitsschutz in diesem Konzept: Die Kinder fahren durchmischte im Schulbus, werden getrennt in Lerngruppen, gehen in neue Gruppen in die OGS und fahren durchmischte nach Hause - wo dann ein älteres oder jüngeres Geschwisterkind aus der Kita oder weiterführenden Schule ist. Wie kann dann eine Infektion nachverfolgt werden? Aber dies sollte nicht Thema dieses Erfahrungsberichtes werden.

Mein persönliches Fazit: Auch wenn die OGS nicht namentlich erwähnt worden ist, war sie immer dabei. Es war eine verheerende Informationspolitik, ohne Rücksicht auf Mitarbeiter*innen und Kenntnisse über die Möglichkeiten der Umsetzung im Schulablauf unter diesen Vorgaben. Ich persönlich war häufig überlastet, den Tränen nahe, verzweifelt und manchmal einfach nur wütend. Nur mithilfe von motiviertem Personal konnten alle Vorgaben und Änderungen durchgeführt werden. Gestern, Freitag 19.06.2020, kam noch ein Erlass zu einer „Richtlinie über die Förderung von Ferienangeboten in den Sommerferien 2020“, eine Woche vor Beginn der Ferien. Ich bin des Planens müde! Meine Forderung wären: Eine zeitlich abgestimmte Informationspolitik, klare Vorgaben, der Einbezug von Schulleiter*innen und OGS-Leitungen in die Planung, da sie die Praxis bestreiten, ein finanzieller Spielraum und das der Gesundheitsschutz von allen (Schüler*innen, Lehrer*innen, OGS-Mitarbeiter*innen, Eltern, Familien) im Vordergrund steht.

Quelle: Ministerium für Bildung und Schule, Schulmail-Archiv, Archiv 2020, URL: <https://www.schulministerium.nrw.de/docs/bp/Ministerium/Schulverwaltung/Schulmail/index.html> (Datum der Recherche 19.06.2020).



Kundgebung „Bildungsalarm“

– „Rote Karte für die Bildungspolitik“: Kein Zurück zur Mangel-Verwaltung! Jetzt für Bedingungen im Bildungswesen sorgen, die die Probleme dauerhaft beheben! // **Eva-Maria Zimmermann, Geschäftsführerin der GEW Köln**



Am 6. Juni 2020 hatten sich trotz Corona-Bedingungen ca. 50 Beschäftigte aus allen Bildungsbereichen am Hans-Böckler-Platz eingefunden, um der Bildungspolitik die rote Karte zu zeigen. Denn genau wie in allen anderen Bereichen der Gesellschaft zeigen sich auch in den verschiedensten Bildungseinrichtungen all die Missstände, die wir bereits seit Jahren anmahnen, in der Coronakrise wie durch ein Brennglas verschärft:

Unhaltbare Betreuungsschlüssel in Kitas, was sich unter den Maßnahmen des Infektionsschutzes und mit dem Ausfall der Risikogruppen umso mehr verschärft – ma-

rode Gebäude, unhygienische Zustände gerade auch in den Sanitäranlagen in Schulen, Lehrkräftemangel, der durch den Ausfall der Risikogruppen zudem verschärft wird, zu volle Klassen in zu kleinen Räumen, wenig bis kaum vorhandene digitale Ausstattung und Kompetenz – kaum Tarifverträge und somit fehlende vertragliche und finanzielle Sicherheit im Offenen Ganztage, dessen Mitarbeiter*innen bei den Schulöffnungen lange überhaupt nicht mitgedacht wurden und im Dunkeln tappen mussten – Schulsozialarbeiter*innen, die in Kurzarbeit geschickt wurden – sich immer weiter verschärfende Bildungsgerechtigkeit – Be-

fristungsunwesen an Hochschulen, wo teilweise Lehrbeauftragten nun kurzfristig gekündigt und Hochschuldemokratie derzeit gerne übergangen wird – Verdienstaustausch und damit existenzielle Bedrohung der Honorarkräfte in der Weiterbildung statt Festanstellungen – das alles sind nur einige Beispiele dessen, was uns die Krise derzeit doppelt und dreifach vor die Füße wirft.

Auch wenn eine größere Demo wie ursprünglich angedacht zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich und sinnvoll durchführbar war, so war es uns ein Anliegen, dennoch im Rahmen der coronabedingt eingeschränkten Möglichkeiten Alarm zu schla-



gen und auf dringend nötige Veränderungen zu pochen!

Unsere große Bildungsalarmdemonstration wird selbstverständlich nachgeholt, wenn die Bedingungen dafür wieder gegeben sind.

Einige ausgewählte Stimmen von Kolleg*innen:

Ein Gesamtschullehrer bemängelt: „Am Sonntag, bevor meine Klasse montags wieder zur Schule kommen soll, werde ich angewiesen, meinen Schüler*innen letzte Infos für ihren ersten Tag zukommen zu lassen. Gibt es gar keine Grenzen mehr für meine Arbeitszeit? Und wer denkt eigentlich überhaupt noch an Eltern und die Schülerschaft?“

Stimme einer Realschullehrerin: „Wie wunderbar ist das Arbeiten mit so kleinen Lerngruppen! Schade, dass das nur wegen Corona so ist. Warum können die Lern- und Lehrbedingungen nicht immer gut und angemessen sein?“

Eine Grundschullehrerin: „Am 4. Juni betont Frau Merkel wie wichtig es sei, nach wie vor das Abstandsgebot einzuhalten – am 5. Juni teilt Frau Gebauer den Grundschulen mit, dass sie ab Mitte Juni ohne jede Abstandsregel im Normalbetrieb mit vollen Klassen weiterlaufen sollen. Wir sollen hier

als Testballon für die Symbolpolitik der Landesregierung herhalten!“

Hinweis einer Mutter: „Wie kann es sein, dass sich niemand mehr darum zu scheren scheint, dass plötzlich Schülernamen, Noten und sonstige sensible Daten munter hin und her geschickt werden?“

Eine Kita-Kollegin stellt fest: „Wir leiden so sehr unter dem Personalmangel, dass unser Arbeitgeber jetzt – trotz Corona – schon die Kolleg*innen, die zur Risikogruppe zählen, zur Arbeit mit Klein- und Kleinstkindern heranzieht.“

Ein Hochschulbeschäftigter: „Gerade während Corona läuft alles nur top-down. Das Ergebnis ist Verwirrung, unnötiger Stress, Arbeitsüberlastung bei den Kolleg*innen und Nicht-Einhaltung von wesentlichen (Hygiene-)Regeln. Was wir brauchen ist MITBESTIMMUNG an der Basis – mindestens einmal die Personalrät*innen, aber auch darüber hinaus!! Bezieht uns Kolleg*innen in die Entscheidungen und Abläufe mit ein!“

Eine Hochschul-Kollegin: „90% aller Stellen in Wissenschaft und Lehre bundesweit sind befristet – meine läuft in 2 Wochen aus und ich weiß immer noch nicht, ob ich dann arbeitslos bin oder ob ein gestellter Drittmittelantrag doch noch durchgeht und meine Stelle verlängert werden kann.“

Ein Mitarbeiter im Offenen Ganztag: „Wer ist neben vielen Anderen auch systemrelevant, wird dennoch in keinem einzigen Erlass mitgedacht und hat noch nicht mal einen Tarifvertrag? Richtig, wir Mitarbeiter*innen im Offenen Ganztag...“

Eine Honorarkraft in der Erwachsenenbildung: „Seit Mitte März habe ich keinen Cent Geld mehr bekommen, weil wir in den Integrations- und berufsbezogenen Deutschkursen völlig in der Luft hängen! Ist das die Wertschätzung, die man uns entgegenbringt, die wir so wertvolle Bildungs- und Integrationsarbeit leisten? Ich bin stinksauer! Wovon soll ich denn leben?“



Offener Brief der GEW Köln an die Landesregierung: Gesundheitsschutz statt Hauruckverfahren!

Am 16. April 2020 wandte sich die GEW Köln mit einem Offenen Brief an die Landesregierung, um ob der kopflos anmutenden Entscheidungen Bedenken am Verfahren zu äußern. Die Reaktionen waren überwältigend: Binnen weniger Tage kamen 35.000 Unterstützungsunterschriften zusammen! // **Eva Zimmermann, Geschäftsführerin der GEW Köln**

se. Ebenso hatten sich der Städte- und Gemeindebund geäußert.

Nachdem seit Bekanntwerden der Vorhaben zur Schulöffnung in der Kölner GEW-Geschäftsstelle massenweise besorgte Mails und Anrufe eingetrudelt waren, sind wir als Kölner Stadtverband sofort tätig geworden und haben einen Offenen Brief an Ministerin Gebauer und Ministerpräsident Laschet aufgesetzt, der innerhalb kürzester Zeit von 35.000 Personen aus ganz NRW im Internet unterzeichnet wurde. Die GEW NRW hat ihn auf ihrer Facebook-Seite geteilt, es gab ein immenses Medienecho vom FOCUS über ZDF frontal 21, RTL Stern TV, RTL West und Anderen. Auf diese Weise ist es uns gelungen, eine breite Öffentlichkeit mit der tatsächlichen Situation vor Ort zu konfrontieren.

Im Offenen Brief sowie im Update dazu vom 11. Mai haben wir deutlich gemacht: Bildungsgerechtigkeit und Gesundheitsschutz dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden! Beides muss gleichermaßen sichergestellt werden! Hierzu hätten wir uns statt oft viel zu kurzfristigen Erlassen „von oben herab“ gewünscht, dass rechtzeitig vor den Öffnungen ein Expert*innenstab gegründet worden wäre, der alle Betroffenen vor Ort einbezieht – insbesondere Pädagog*innen, Schüler*innen, Eltern, Gewerkschaften und Schulträger – um auf der Basis der Realität vor Ort und der tatsächlichen Bedürfnisse der Schüler*innen sinnvolle und umsetzbare Konzepte zu entwickeln. Stattdessen lastete ein immenser Druck auf den Kolleg*innen und Schulleitungen, eine Normalität herzustellen, die nicht herstellbar war. Statt sich seiner Verantwortung zu stellen, hat das MSB die Verantwortung nach unten abgegeben, ungeachtet der tatsächlichen Gegebenheiten vor Ort. Die Krise wurde auf den Beschäftigten, den Schüler*innen sowie ihrer Kontaktpersonen zuhause ausgetragen.

Wir danken an dieser Stelle allen Kolleg*innen, die in dieser Zeit Immenses geleistet haben, teilweise unter katastrophalen Bedingungen. Ebenso bedanken wir uns für all eure Berichte von der Situation direkt vor Ort sowie für eure zahlreichen positiven und auch für die vereinzelt kritischen Rückmeldungen zu unserem Offenen Brief!

Reaktionen auf den Offenen Brief der GEW Köln „Gesundheitsschutz statt Hauruckverfahren – Schülöffnungen brauchen Vorbereitungszeit!“

Im folgenden veröffentlichen wir Auszüge aus Reaktionen, die uns auf den Offenen Brief erreichten. // „forum“-Redaktion

KRITIK

Kritisches

„Ich bin selber GEW-Mitglied, aber ich finde euren Aufruf in dieser Situation maßlos!!!! Seit dem 13.03.2020 sind die Schulen zu. Das sind mittlerweile 5 FÜNF Wochen! Und wir alle hatten 5 (FÜNF) Wochen Zeit uns darauf einzustellen, dass es irgendwie weitergeht. Viele Lehrerinnen und Lehrer haben sich in den 5 FÜNF Wochen NICHT überarbeitet bei Weiterzahlung des vollen Gehalts und minimalem Einsatz in der Notfallbetreuung. Jetzt heißt es mal ran und plocken, zur Not auch am Wochenende. So sehe ich das. In einer Krise müssen alle anpacken und keine*r kann auf ihren/seinen Pfründen hocken bleiben. Im Übrigen fände ich es gut, wenn die Ferien verkürzt würden, damit auch die Lehrerinnen und Lehrer ihren finanziellen Beitrag dazu leisten, dass die Eltern ihrer Kinder wieder auf die Beine kommen. Ich dürfte dann meinen Ruhestand noch um ein paar Wochen hinausschieben, und das freut mich, wenn ich jetzt helfen kann. Grüße von einem erbosten Mitglied“

KRITIK

„Von einer Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft würde ich aber auch erwarten, sich dafür einzusetzen, dass SuS möglichst viel ihres Unterrichts bekommen können bzw. LehrerInnen in der Lage sind ihren Beruf vernünftig auszuüben. Die GEW bremst jedoch nach meinem Eindruck die Öffnung der Schulen und KiTas, wo es eben geht. Unsere und auch andere Schulen könnten täglich deutlich mehr SuS unterrichten, ohne dass die gesundheitliche Gefahr über diejenigen des Jahres 2018 steigt. Es mag Schulen geben, an denen das nicht möglich ist, aber das Ziel der GEW sollte meiner Meinung nach sein, dass Maximum an Schulbildung und LehrerInnentätigkeit einzufordern - und nicht das Minimum, wie es das rollierende System des Ministeriums impliziert. So fördern Sie meiner Meinung nach aktiv Bildungsgerechtigkeit.“

„Ich bin zurzeit Referendarin in NRW und habe im November 2019 begonnen. Mir und meinen KollegInnen kommt es so vor, als würden wir vergessen. Es gibt bisher keine einheitliche Regelung bzgl. der weiteren UBs und wir hören von jedem Fach- und Kernseminarleiter etwas anderes. Ich würde es begrüßen, wenn man sich auch für uns Referendare in diesem Durchgang einsetzen würde.“

„Selbstverständlich unterstütze ich diese Aktion. Und möchte an dieser Stelle meine große Enttäuschung darüber ausdrücken, dass auch Ihr von der GEW immer nur von den Sorgen und Nöten der Lehrer*innen redet und schreibt und so gut wie nie die tausende Beschäftigte der OGS erwähnt. Warum eigentlich nicht? Über die Probleme der Lehrer*innen kann ich nur müde lächeln, wenn ich mir als Leiter einer OGS für 350 Kinder in Köln die Situation meiner 35 Mitarbeitenden anschau. Ich erwarte von meiner Gewerkschaft, dass sie die OGS- Angestellten wenigstens erwähnt und sie nicht immer übersehen werden.“

„Zunächst einmal DANKE für euren Einsatz! Die Richtung, sich für den kompletten Schutz von SchülerInnen und KollegInnen einzusetzen, finde ich absolut richtig. Trotzdem habe ich die Petition (schweren Herzens) nicht unterschrieben: Die Realität sieht manchmal etwas anders aus. Ich war in den letzten Wochen mehrmals in der Notbetreuung an unserer Grundschule im Kölner Norden im Einsatz und bin wirklich froh,

manche Kinder wiederzusehen und zu wissen, dass es ihnen soweit (körperlich) gut geht. Viele Kinder brauchen den Kontakt dringend! Außerdem kümmert sich unsere Schule sehr gut um uns alle: wir haben Seife, Desinfektion und sind nur wenige Personen im Raum, Gruppen werden auf keinen Fall durchmischt, der Schulhof ist unterteilt... Meine Erfahrung ist: Im Raum ist es relativ leicht, die Abstandsregeln einzuhalten, die Kids achten selbst darauf! Die Schulleitung bemüht sich sehr um Einhaltung aller Regeln. Trotzdem ist es auf dem Schulhof und beim Kommen und Gehen extrem schwierig. Wir müssten gemeinsames Spiel komplett verbieten, weil sie die Abstandsregel im Spiel vergessen.

Und was ist mit Material in den Räumen, das von allen genutzt wird? Auch im 2.

Schuljahr gibt es viel Kinder, die ständig ihre Finger in den Mund stecken. »Echten« Unterricht kann ich mir allerdings so nicht vorstellen - wie soll ich auf Abstand erkennen, was ein Kind erarbeitet hat? Das funktioniert nicht.

Fazit: Ich bin sehr unsicher, ob es das Jugendamt zur Zeit alleine schafft, sich um sehr bedürftige Kinder zu kümmern. Ich hätte gerne eine spezielle Lösung für die schwachen Kinder und bin überzeugt: wenn im Mai alle SchülerInnen wiederkommen würden, ist Abstand halten nicht möglich.“



Positive Rückmeldungen

„[...] verspätet aber sehr herzlich ein Dankeschön für Ihre Arbeit und die Ihrer KollegInnen.“

„Vielen, vielen Dank für euren tollen Einsatz!“

„Vielen Dank für die Check-Liste. Diese ist sehr hilfreich und ergänzt unsere Vorarbeiten.“

„Tausend Dank für Ihren Einsatz!“

„Vielen Dank für eure Unterstützung und euer Engagement!“

„Vielen Dank für euren Einsatz und die hilfreichen Informationen.“

„Vielen Dank für Ihre E-mail und das Engagement der GEW!“

„Ich halte die langsame Öffnung der Schulen für sinnvoll, bin aber völlig entsetzt, dass die Hygienebedingungen nicht im Sinne des Personalschutzes umgesetzt werden. Jede*r Lehrer*in besorgt sich selbst Masken und Reinigungsmittel und arbeitet dann in zu engen Klassen! Das kann es nicht sein! Danke für die von Ihnen gemachte Abfrage! Ich hoffe, Sie kann etwas bewegen.“

„Danke für euren Einsatz auch unter erschwerten Bedingungen. Bleibt gesund!“

„Wenige Tage vor der Schulschließung musste die Schulleitung die KlassenlehrerInnen bitten, Seife und Papierhandtücher bzw. Zewa mitzubringen, da die Stadt die Schulen nicht ausreichend versorgen konnte. Mir geht es hier nicht um die paar Euro, aber so was ist einer selbst erklärten Weltstadt unwürdig.“

Vielen Dank für das Engagement!“

„Hallo zusammen, ich finde eure Aktion und die Petition super. (...)

Vielen Dank nochmal für eure Arbeit und liebe Grüße!“

Aus Schüler*innen-Sicht

„Ich bin eine Schülerin aus NRW und mache mir in den letzten Tagen echt immense Sorgen um meine bevorstehenden Abiturprüfungen. Sicherlich bekommen Sie täglich hunderte dieser Nachrichten und zum Abitur haben Sie sich auch schon einige Male geäußert, jedoch besteht bei mir weiterhin diese Angst, meine Mitmenschen (vor allem meine Eltern und meine Oma, die mit in unserem Haushalt lebt), anzustecken.“

Meine Eltern und meine Oma gehören leider auch zu den Risikopatienten und ich könnte es mir niemals verzeihen sie dadurch zu verlieren. Ich bereite mich täglich auf diese Prüfungen vor, obwohl ich immer noch keine finale Antwort darauf habe, ob sie denn tatsächlich stattfinden werden.

Diese Ungewissheit plagt meine Psyche enorm und würden Sie sich in meiner Situation befinden, würden Sie diesem Druck auch nur schwer standhalten können, so wie viele von uns.

Ich verstehe natürlich weshalb das Bildungsministerium darauf beharrt die Prüfungen stattfinden zu lassen; damit der Abschluss nicht weniger wert ist als die Jahre zuvor und würden wir uns auch nicht inmitten einer Pandemie befinden, würde ich mich natürlich auch nicht für eine Absetzung der Prüfungen aussprechen. Allerdings halte ich das Einhalten des Infektionsschutzgesetzes in einer solchen Situation nur für schwer tragbar. Laut Virologen soll das Coronavirus auch über die Luft übertragen werden können. Demnach müsste eigentlich jeder Schüler eine Maske tragen, doch diese Maßnahme halte ich ebenfalls für falsch, da sich dadurch viele Schüler nur noch schwer konzentrieren können.

Das Argument »Gerechtigkeit« anderen Abiturjahrgängen gegenüber und auch gegenüber den Bundesländern, die die Prüfungen bereits absolviert haben, wird oftmals erwähnt, allerdings frage ich mich, ob in einer solchen Situation überhaupt von Gerechtigkeit gesprochen werden kann?

Eine Seite wird leider immer Benachteiligungen erleiden müssen und da während der Prüfungen das große Risiko einer Ansteckung und folglich hunderte, ja vielleicht sogar tausende Menschen sterben könnten, frage ich mich, ob diese »Gleichberechtigung« es wert ist, diese Menschenleben zu riskieren.

Ich würde mich sehr über eine Antwort von Ihnen freuen. Bleiben Sie gesund!“

Hygiene

„Wenn in der Presse davon gesprochen wird, dass alle Schulen ausreichend Desinfektionsmittel und Masken erhalten haben [...]. Dies entspricht einfach nicht der Wahrheit. Sich hinzustellen und lauthals zu verkünden, dass doch alles super läuft, stimmt auch nicht. Und wenn es läuft, dann nur weil einige LuL im wahrsten Sinne des Wortes dafür ihre Gesundheit riskieren.“

„Die Lehrerinnen und Lehrer werden gehalten, nach einer Kurseinheit alle Tische der Schülerinnen und Schüler zu reinigen – mit Duschmittelprobchen!!! (Flächendesinfektionsmittel gibt es keins.)“

„Die Schüler*innen kommen teilweise mit mehreren zusammen im Auto, weil wir ein weites Einzugsgebiet haben. Nach der sechsten Stunde trafen sich die Schüler draußen außerhalb des Schulgeländes in Gruppen und unterhielten sich, natürlich ohne Mindestabstand.“

„Ein sehr großes Ansteckungspotential besteht meiner Meinung nach auch im Lehrerzimmer. Die Lehrer*innen sind dort »wie Hühner in einer Legebatterie« zusammengepfercht. Der Mindestabstand kann – auch wenn nur die Hälfte der Kolleg*innen anwesend ist – niemals eingehalten werden. Ausweichmöglichkeiten gibt es bei uns keine.“

„Wir Risikogrupper*innen werden ständig aufgefordert, Erklärungen abzugeben. Ich finde, dass sowas nicht geht. Der Arbeitgeber kann doch nicht ständig sich seiner Verantwortung entziehen oder sie einfach nach unten abdelegieren!!!! Uns geht es allen sehr schlecht damit und ich bemerke eine starke Entsolidarisierung untereinander. Da gibt es die jungen Karriereorientierten, die alles mitmachen und alles tun, um zu arbeiten... . Ich bekomme schon ein schlechtes Gewissen, wenn ich sage, das ist mir alles zu risikoreich, ich könnte was bekommen oder auch andere anstecken. (zur Erläuterung: Die KuK aus Risikogruppen, die laut Schulmail Nr.15 nicht vor Ort eingesetzt werden sollen, werden teilweise wiederholt und offensiv »gefragt«, ob sie sich nicht »freiwillig« melden »wollen«).“

„Sind genug Schutzmasken für Lehrkräfte und Schüler*innen vorhanden? - Nein, es sind gar keine vorgesehen.“

„Es ist aber eine Zumutung seitens des MSB, dass uns keine näheren Angaben für die Organisation gemacht werden.“

Digitalisierung

„Zur Digitalisierung wäre natürlich auch viel zu sagen. Diese scheint mir ein Selbstzweck zu sein und nicht dem Kriterium zu unterliegen, dass durch Digitalisierung von Prozessen etwas in der pädagogischen oder didaktischen Arbeit verbessert wird. Was da in den Schulen in den letzten Wochen in Gang gesetzt wurde, unter völliger Unkenntnis der handelnden Personen über Datenverarbeitung, kommerzieller Nutzung von Daten, Schutz von Persönlichkeitsrechten, Abhängigkeiten von Abo-Modellen... hier sollte vor der Digitalisierung erst einmal eine deutliche Ausweitung der Medienkompetenz des Schulpersonals das Thema sein, zumindest an Grundschulen, bevor die flächendeckende Versorgung mit digitalen Endgeräten in einer für den Schulalltag absoluten Ausnahmesituation gefordert wird.“

Offener Brief der GEW Köln (16. April 2020):

Link zum Update vom 11.Mai 2020:



Womit beschäftigen sich die Arbeitsgruppen der GEW Köln?

Ein Gespräch mit Mitgliedern des Ausschusses LEMK (Lehrer*innen und Erzieher*innen von Migrantenkindern) // **Das Interview führte Stefan Schüller, Mitglied der „forum“-Redaktion**

forum: Wann und warum seid Ihr in die GEW eingetreten?

SILVIA: Ich kann mich nicht mehr genau erinnern. Ich habe 1985 Examen gemacht. Zu der Zeit gab es einen Einstellungsstopp. Meiner Meinung nach hatte sich die GEW zu wenig darum gekümmert und daher bin ich zunächst nicht eingetreten. Wir hatten einen Arbeitskreis von betroffenen Lehrkräften und haben heftig diskutiert, ob man in die GEW gehen soll oder nicht. Nach ein paar Jahren haben es viele von uns dann doch gemacht, weil die Überzeugung überwog, sich von innen heraus für unsere Belange zu engagieren.

HELMA: Ich bin 1982 in die GEW eingetreten. Das war eine logische Folge aus meiner sonstigen politischen Tätigkeit heraus, dass ich mich mit Eintritt in den Beruf auch gewerkschaftlich engagiere.

ALI: Ich bin 1995 nach Deutschland gekommen und 1998/99 während meines Studiums in die GEW eingetreten. Seit 2001 habe ich HSU-Lehrer und für mich war das soziale Engagement wichtig. Außerdem konnte ich ein paar Kolleg*innen, die auch in der Gewerkschaft waren.

HASSAN: Ich bin seit 1978 Mitglied der GEW. Die Gründe für meine Mitgliedschaft in der GEW haben erstens eine klare gesellschaftspolitische Dimension. Ein Beispiel: In den 1980er Jahren wurden viele Lehrkräfte in der Türkei politisch verfolgt und sind nach Deutschland geflohen. Wir haben uns als GEW damals um die Kolleg*innen gekümmert.

Ein zweiter Grund für meine Mitgliedschaft in der GEW liegt darin, dass wir uns mit der Gewerkschaft für den muttersprachlichen Unterricht und die Migrantenkinder einsetzen wollten. Ein dritter Grund für meine Gewerkschaftszugehörigkeit ist: Ich fühle mich in der GEW wohl. Die gewerkschaftliche Arbeit macht mir Spaß.

HASAN HÜSEYIN: Ich bin seit 2002 Mitglied der GEW und war auch schon vorher gewerkschaftlich engagiert. Außerdem habe ich ein Stipendium der Hans-Böckler-Stiftung bekommen und bin über den DGB zur GEW gekommen, das lag natürlich auch aufgrund meiner beruflichen Tätigkeit als Lehrer nahe.

Wie ist der Ausschuss LEMK entstanden?

HASSAN: Ende der 1970er Jahre gab es in Köln eine Gruppe von Aktiven, die sich für die Belange von Kindern und Kolleg*innen mit Migrationshintergrund im Bildungssektor eingesetzt haben. (Hier brauche ich noch die Namen, falls sie genannt werden sollen.) Wir haben uns schließlich in der GEW als Ausschuss etabliert und besetzen heute auch einen Sitz im Erweiterten Vorstand.

Was sind zur Zeit Eure Arbeitsschwerpunkte?

SILVIA: Unsere Arbeit beruht vor allem auf zwei Säulen – den Herkunftssprachlichen Unterricht (HSU) und den Deutschunterricht für Migrantenkinder.

Seid Ihr auf der Landesebene vertreten?

HASSAN: Der Ausschuss LEMK ist tatsächlich ein Unikat. Uns gibt's bisher nur in Köln. Dennoch haben wir auch einen Landesausschuss in den 1990er Jahren gegründet. Der Landesausschuss für Migration, Diversity und Antidiskriminierung wird auch liebevoll LAMDA genannt. Auch auf Bundesebene sind wir Kölner*innen im Bundesausschuss Migration, Diversity und Antidiskriminierung (BAMA) aktiv.

Habt Ihr Wünsche an die GEW?

ALI: In NRW gibt es zur Zeit 936 HSU-Lehrkräfte. Ich habe das Gefühl, dass wir noch mehr Beachtung finden sollten. Das betrifft in erster Linie die tarifpolitischen Forde-

rungen. Wir werden nur mit maximal EG10 bezahlt. Wenn ich über die gleichen Qualifikationen wie andere Lehrkräfte verfüge, warum werde ich dann als Lehrer 2. Klasse bezahlt?

HASSAN: Was ich schade finde ist, dass viele Kolleg*innen mit Migrationshintergrund nicht gerne in die Gewerkschaft kommen. Das Gefühl, dass wir selbst in der Gewerkschaft nicht ernst genommen werden, ist leider noch bei vielen vorhanden und das lässt sich nicht so einfach aus der Welt schaffen. Dabei sind auch einige Erfolge durch die GEW erzielt worden. Daher kann ich nur an die Kolleg*innen appellieren: Engagiert Euch, werdet Mitglied, lasst uns die GEW von innen heraus verändern und dann gemeinsam noch stärker für unsere Forderungen eintreten.

ALI: Der HSU findet nachmittags statt – vielleicht bekommt er daher nicht die selbe Anerkennung wie der „Regelunterricht“. Dabei werden viele HSU-Lehrkräfte auch für Vertretungen herangezogen und viele von uns können zwei oder mehr Fächer unterrichten. Das müsste die GEW mehr artikulieren. Viele Kolleg*innen sind enttäuscht aus der GEW ausgetreten, weil sie das Gefühl hatten, ihr gewerkschaftliches Engagement bringe nichts. Man zahlt die Beiträge, aber es zahlt sich nicht aus.

Was sind Eure Forderungen an die Politik?

HELMA: HSU-Lehrkräfte werden z. B. an der Volkshochschule nicht fest eingestellt, sondern sie sind Honorarkräfte. Als Honorarkräfte sind sie jederzeit „austauschbar“. Das geht natürlich nicht. Lehrer*innen sind Lehrer*innen. HSU-Lehrkräfte sollen auch entsprechend wahrgenommen werden. Sie sollen fest angestellt werden und nach ihren Tätigkeiten bezahlt werden. Darüber hinaus müssen die Ausbildungs- und Vergütungsverordnungen flexibler gehandhabt werden, so dass für HSU-Lehrkräfte der Quereinstieg



an die Schulen einfacher ermöglicht wird – gerade dann, wenn sie zwei Schulfächer studiert haben.

HASSAN: Auf der einen Seite herrscht Lehrermangel – auf der anderen Seite gibt es viele nach Deutschland geflüchtete Lehrer*innen. Hier muss der Staat die Möglichkeit anbieten, die Lehrbefähigung der Kolleg*innen anzuerkennen oder ihnen die Möglichkeit zu geben sich nachzuqualifizieren, damit sie eingesetzt werden können. Dies wäre für alle Seiten ein Gewinn.

HELMA: Es ist wichtig, dass die Kinder, die nach Deutschland gekommen sind, die deutsche Sprache lernen können und wie alle anderen Kinder auch ganz normal beschult werden.

SILVIA: Das ist genau das Problem. Die Schulpflicht ist nicht immer gewährleistet. Wenn die Kinder bei Verwandten oder in Moscheen untergebracht sind, sind sie postalisch nicht zu erreichen und gehen oft nicht in die Schule. Wenn sie älter als 14 sind, warten sie oft viel zu lange auf einen Schulplatz. Selbst wenn Kinder/Jugendli-

che einen Schulplatz zugewiesen bekommen, müssen sie sehr weit fahren. So müssen beispielsweise 11jährige Kinder für ihre Beschulung eine über einstündige Fahrtzeit in Kauf nehmen. Das ist nicht zumutbar.

HASAN HÜSEYIN: An vielen Schulen wird bei den Kindern die Herkunftssprache nicht erfasst oder nicht ordnungsgemäß erfasst. Es existiert offiziell z. B. keine kurdische Sprache – die Herkunftssprache wird dann mit Türkisch oder Arabisch angegeben. Zudem werden viele Migrantenkinder erst gefördert, wenn sie in einem Fach eine mangelhafte Leistung haben. Die Förderung muss jedoch schon früher ansetzen.

HASSAN: Wir haben noch viel mehr Forderungen an die Politik. Damit wir diese Forderungen noch lautstärker in die Öffentlichkeit tragen können, möchte ich alle Kolleg*innen bitten, wendet Euch nicht von der Gewerkschaft ab, sondern kommt zu den Sitzungen des Ausschusses LEMK. Gebt uns neue Impulse und lasst uns gemeinsam für Verbesserungen der HSU-Lehrkräfte und der Migrantenkinder einsetzen!

Was ich schade finde ist, dass viele Kolleg*innen mit Migrationshintergrund nicht gerne in die Gewerkschaft kommen. Das Gefühl, dass wir selbst in der Gewerkschaft nicht ernst genommen werden, ist leider noch bei vielen vorhanden und das lässt sich nicht so einfach aus der Welt schaffen.

Hassan



Wo sollen wir unterrichten?

// Klaus Mautsch, Fachgruppe Erwachsenenbildung

Am Freitag vor Pfingsten demonstrierten rund 120 Lehrkräfte und Mitarbeiter*innen der VHS Köln für die Öffnung aller Kursräume des VHS-Studienhauses. Hintergrund der Kundgebung war die Entscheidung der Stadtspitze, 34 von 44 Kursräumen im Studienhaus dem städtischen Gesundheitsamt für seine Dienste zur Verfolgung von Infektionsketten zu überlassen. Der Unterricht, der in NRW seit dem 4. Mai wieder erlaubt ist, kann daher nur in sehr begrenztem Umfang wieder aufgenommen werden. In der Eröffnungsrede eines Sprechers des Dozierendenrates hieß es:

„Das städtische Gesundheitsamt hat bei der Bewältigung dieser Pandemie eine außerordentliche Bedeutung. Das wollen wir nicht in Frage stellen. Aber wie kann man in der Stadtspitze auf die Idee kommen, dass ein großer Teil des kommunalen Bildungsangebots kurzerhand auf die Straße zu setzen ist? Fest steht, kommunale Weiterbildung ist eine gesetzliche Pflichtaufgabe und kann nicht einfach so zur Disposition gestellt werden.“

Im Studienhaus findet ein großer Teil der Integrationskurse statt. Die Teilnehmer*innen in diesen Kursen werden zurzeit in 20 Online-Tutorien betreut. Viele von ihnen wollen unbedingt wieder in den Präsenzunterricht wechseln. Für einen Teil der Lernenden ist der Distanzunterricht geeignet. Aber besonders für die Geflüchteten unter den Kursteilnehmer*innen ist der soziale Kontakt zu den Mitschüler*innen wichtig. Der Besuch der Präsenzkurse gibt Halt in einem oft von der Wohnsituation und anderen Schwierigkeiten belasteten Alltag.

Für viele Lehrkräfte nicht nur in Integrationskursen ist die Unterrichtstätigkeit der Haupterwerb. Das fehlende Raumangebot macht es ihnen unmöglich, unter Bedingungen des Gesundheits-



schutzes ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Geben Sie diesen Lehrkräften wieder eine Perspektive und öffnen Sie das gesamte Haus wieder für den Unterricht! (...) Gewähren Sie endlich die von uns schon seit Jahren geforderte Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Niemand kann ein Interesse daran haben, dass sich das Virus weiter ausbreitet, weil Lehrkräfte aus Existenzängsten krank in den Unterricht gehen.“

An die Rede des Dozierendenrates schlossen sich weitere Wortbeiträge von Lehrkräften an, die ihre Situation darstellten, die chronische Unterfinanzierung der kommunalen Bildung beklagten sowie die Politik des BAMF kritisierten, das Konzept für die Fortsetzung der Integrationskurse auf die lange Bank zu schieben. Die Redner*innen mahnten bei der Stadt ein entschlosseneres Vorgehen an, Ersatzräume zur Verfügung zu stellen, alle arbeitnehmerähnlichen Lehrkräfte in Ausfallregelungen einzubeziehen und dafür zu sorgen, dass die VHS Köln nicht schwer beschädigt aus der Corona-Krise hervorgeht.

Fotos: Heike Scherholz

Kölner Grüne opfern ihre bildungspolitischen Überzeugungen für den Koalitionserhalt

Seit Jahren erleben Eltern und ihre Kinder bei der Wahl einer weiterführenden Schule in Köln dasselbe Verfahren: Alle Gymnasialwünsche werden erfüllt – wenn auch bei einer kleineren Gruppe nicht an einem der beiden gewünschten Gymnasien. // **Klaus Minartz und Anne Ratzki, AK Schulentwicklung der GEW Köln**

Anders bei den Gesamtschulen: Seit Jahren müssen bis zu knapp 1000 Schüler*innen bei Kölner Gesamtschulen abgelehnt werden, weil die Kapazitäten nicht ausreichen und der Neubau von Gesamtschulen nicht den Schulformwünschen der Eltern angepasst wird. Politisch verantwortlich dafür ist in Köln eine Koalition von CDU und Grünen, die einerseits aus koalitionspolitischer Opportunität und andererseits aus bildungspolitischem Lobbyismus den seit Jahren bekundeten Elternwilen nach ausreichend Gesamtschulen ignorieren.

Alle Versuche von SPD und LINKE, im Rat und im Schulausschuss mit Priorität den notwendigen Gesamtschulausbau zu beschließen, scheitern an der Koalition von CDU und den Grünen. Bei den Grünen gegen ihre eigenen bildungspolitischen Überzeugungen (?) aus Koalitionsdisziplin, bei der CDU aus Gleichgültigkeit und elitärer Ignoranz gegenüber der Gesamtschulelternschaft.

Kritische Punkte im Schulentwicklungsplan

Grundlage der aktuellen Schulbau-Planungen ist die „Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung“, die die Schulverwaltung

im Januar 2020 vorgelegt hat. Sie wurde am 25.5.2020 im Schulausschuss und am 18.6.2020 im Rat beschlossen.

Die GEW Köln hat in ihrer Stellungnahme Mitte Mai deutlich auf die kritischen Punkte dieses Schulentwicklungsplans hingewiesen: Vorrangiger Ausbau der Gymnasien wegen G9, genügend Gesamtschulplätze für alle Anmeldungen erst 2029/30 - wenn die Anmeldezahlen konstant bleiben. Versuche von SPD und Linken, einen schnelleren, vorrangigen Ausbau der Gesamtschulen durchzusetzen, erhielten keine Mehrheit im Rat.

Wie berechtigt unser Vorwurf des bildungspolitischen Lobbyismus ist, belegt das Abstimmungsverhalten von CDU und

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Stadtverband
Köln
GEW
NRW.

// Arbeitskreis Schulentwicklung //

Pressemitteilung vom 18. Mai 2020: Bildungspolitischer Lobbyismus ignoriert den Elternwillen

Am 14. Mai 2020 hat der Rat der Stadt Köln über die Stellungnahmen der Bezirksvertretungen zur Vorlage der Schulverwaltung zur „Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung Köln 2020“ diskutiert. Die Verwaltung hat eine umfangreiche Vorlage erarbeitet, die die Ergebnisse der 2019 veröffentlichten kleinräumigen städtischen Bevölkerungsberechnung berücksichtigen soll und „die Schulstruktur der Nachfrage entsprechend angepasst werden kann“. Diese Vorlage soll auf der nächsten Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung am 25.5.2020 diskutiert und auf der Ratssitzung am 18.6. verabschiedet werden.

Dazu erklärt Klaus Minartz im Namen des Arbeitskreises Schulentwicklung der GEW Köln:

Die GEW Köln sieht in den Vorschlägen zur Entwicklung der Gymnasial- und Gesamtschullandschaft in Köln eine klare Ignorierung des Elternwillens nach mehr Gesamtschulen in Köln. Unsere Analyse der Anmelde- und Aufnahmezahlen für die Gesamtschulen und Gymnasien für das Schuljahr 2020/21 lassen die gezogenen Schlussfolgerungen der Verwaltung unter dem Deckmantel der Gleichbehandlung von Gymnasien und Gesamtschulen als bildungspolitischen Lobbyismus erkennen. Die GEW schlägt zusammen mit der Initiative „Gesamtschule Rondorf“ für einen tatsächlich bedarfsgerechten Ausbau als ersten Schritt 4 neue Gesamtschulen (darunter eine Gesamtschule in Rondorf) und 2 neue Gymnasien vor.

Der Arbeitskreis Schulentwicklung der GEW sieht folgende Probleme:
Ein erstes Problem: In einem Antrag der SPD, der Grünen, der Linken und einem Einzelvertreter Deine Freunde zur Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld am 11.5.2020 wird darauf hingewiesen, dass „die Bevölkerungsprognose 2030 für den Stadtbezirk Ehrenfeld ... die erst für 2030 prognostizierten Zahlen bereits 2019 nahezu erreicht.“
Wie sieht die reale Bevölkerungsentwicklung in den anderen Stadtbezirken aus?

Ein zweites Problem: Die Schulverwaltung hatte nach der Elternbefragung 2012 zur Schulformwahl eine aktuelle Elternbefragung angekündigt, diese jedoch nicht durchgeführt mit Verweis auf die Bevölkerungsprognose 2030, obwohl Schulformwünsche bei Bevölkerungsprognosen nicht erhoben werden.

Ein drittes Problem: Bei der „Bilanzierung des Anmeldeverfahrens für die weiterführenden Schulen“ wird ignoriert, dass seit dem Schuljahr 2006/07 jedes Jahr im Durchschnitt ca. 800 Schüler*innen von Gesamtschulen abgelehnt werden mussten, da diese ausgelastet sind. Offensichtlich wird dies bei den Planungen nicht berücksichtigt. So wird im Kapitel 4.1 beschrieben, dass die „Übergänge auf eine Gesamtschule sukzessive von 15% auf nunmehr 25% angestiegen“ sind. Berücksichtigt man – was fachlich korrekt wäre – die Anzahl der Anmeldungen, so wären ca. 38% auf eine Gesamtschule gewechselt. Diese Verzerrung hat bei den Schulplanungen schon lange System. Jedes Schuljahr können alle Gymnasialanmeldungen realisiert werden (wenn auch nicht immer am Wunschort), die Abweisungen an Gesamtschulen bleiben aber bestehen.

So setzt sich bildungspolitischer Lobbyismus durch, der sich in einem „vorgezogenen Fazit der folgenden Analyse der Herausforderungen der Gesamtschul- und Gymnasiallandschaft in Köln (...) nach Einschätzung der Verwaltung ...“ manifestiert:

GEW Stadtverband Köln • Hans-Böckler-Platz 1 • 50672 Köln
Telefon (0221) 516267 • Fax (0221) 525446 • E-Mail: kontakt@gew-koeln.de • www.gew-koeln.de

Die Presseerklärung zum Thema wurde leider nur von der Rundschau aufgegriffen.

Grüne auf der Schulausschuss-Sitzung am 25.5.2020.

Beispiel 1:

Alle Fraktionen waren sich einig, dass die Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung „unter Berücksichtigung der realen Schüler*innen- und Schülerzahlen und Beachtung und intensiven Prüfung der Beschlüsse der Bezirksvertretungen“ zu erfolgen hat.

Trotzdem haben CDU und Grüne einen Änderungsantrag „Ablehnungen an Gesamtschulen nicht erst in zehn Jahren auf „0“ senken!“ abgelehnt und damit unverhohlen die realen Anmeldezahlen an Gesamtschulen ignoriert. Sie waren nicht bereit zu beschließen, „dass zusätzliche Plätze an Gesamtschulen bis zum Schuljahr 2025/26 [statt 2029/30, die Verfasser*innen] in einer Zahl geschaffen werden, so dass die für dieses Schuljahr prognostizierte Nachfrage von rund 3.270 städtischen Gesamtschulplätzen gedeckt werden kann.“

Beispiel 2:

Ein Änderungsantrag „Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung Köln 2020 – Gesamtschule für Rondorf!“ wurde gegen die Stimmen der SPD und der Linken abgelehnt, obwohl sich ein breites Bündnis von Schulleitungen, Elternvertretern und eine Mehrheit in der dortigen Bezirksvertretung, unterstützt durch eine Petition, für eine Gesamtschule ausgesprochen haben (zu Rondorf vgl. die Berichtserstattung im letzten „forum“).

Am 18.6.20 wurde der Schulentwicklungsplan unverändert vom Rat beschlossen.

Der Ratsmehrheit geht es vorrangig um das „G9-Argument“ („wegen der Rückkehr zu G9 müssen gleich viele Gymnasien und Gesamtschulen neu errichtet werden“). Das taugt aber nicht als entscheidendes Argument. Schon während der G9-Zeiten mussten aus Mangel an Gesamtschulen jedes Jahr um 700 SchülerInnen an Gesamtschulen abgelehnt werden und auf andere Schulformen wechseln - während alle Gymnasialwünsche erfüllt werden konnten.

Stellungnahme der Bezirksregierung (BR)

Am 28.3.20 hat auch die Bezirksregierung in einem Schreiben an den Schuldezernenten Voigtsberger zu der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung 2020 Stellung genommen. Dabei fällt zunächst auf, dass die Frage, wie die zusätzlichen Schülerplätze für G9 geschaffen werden können, in der Stellungnahme der BR doppelt so viel Platz

einnimmt wie die Frage nach genügend Gesamtschulplätzen.

Andererseits findet die Bezirksregierung auch klare kritische Worte zur Gesamtschulentwicklung in Köln: Die geplante Zahl von 13 Gesamtschulen bis 2030 sei mit der tatsächlichen Nachfrage abzugleichen, es genüge nicht, die Anmeldezahlen von 2020 zugrunde zu legen. „Die Zahl der geschaffenen neuen Gesamtschulen muss der tatsächlichen bzw. prognostizierten Nachfrage nach Gesamtschulplätzen entsprechen.“ Gegenüber dem Trend der Verwaltung, Neubauten für Gesamtschulen durch Erhöhung der Zügigkeit bestehender Gesamtschulen zu vermeiden, verweist das Schreiben darauf, „Im Hinblick auf geplante Zügigkeitserweiterungen muss weiter der Grundsatz gelten, dass keine Gesamtschule mehr als acht Parallelklassen haben sollte“. Dem Verfahren, Gesamtschulen auf mehrere Standorte aufzuteilen, setzt die Bezirksregierung Grenzen: „Aus schulfachlicher Sicht sind für Schulen maximal zwei Standorte vorzusehen,“ und dies sei schon sehr belastend. Positiv zu sehen ist auch der Hinweis, dass „Schulformwechsler“ nicht an den bestehenden Gesamtschulen aufgenommen werden können. Da alle Gesamtschulen inklusiv seien, gelte die gesetzliche Klassengröße von maximal 27 Schüler*innen - deshalb müsse die Stadt zusätzliche Plätze vorhalten, damit bei Zuzug von Schüler*innen diese Größe nicht überschritten werde.

Mit ihrer Stellungnahme legt die Bezirksregierung vor allem Wert darauf, dass ein Ausbau von Plätzen ohne Neubauten

„Es werden in Köln sowohl mehr Gesamtschulplätze als auch mehr Gymnasialplätze benötigt, [was stimmt, so Minartz] und zwar gleich dringlich und gleichberechtigt in der zeitlichen Perspektive. [was nach GEW-Einschätzung nicht stimmt, so Minartz] Das Ziel sollte sein, in einem ersten Schritt 3 neue Gesamtschulen und 3 neue Gymnasien – wenn irgend möglich – bis zum Schuljahr 2023/24 vorgezogen an den (Interims-)Start zu bringen, und in einem zweiten Schritt, in idealfall bis zum Schuljahr 2025/26 weitere 3 neue Gesamtschulen und 3 neue Gymnasien. Im dann folgenden dritten Schritt sollte die weiteren erforderlichen 5 Gesamtschulen (vor allem in den großen neuen Wohnbaugebieten) folgen.“

Ein viertes Problem: Unter ideal verlaufenden Bedingungen „... könnten im Schuljahr 2029/30 Angebot und Nachfrage von bzw. nach Gesamtschulplätzen in den Eingangsklassen ausgeglichen, also alle Anmeldungen auch angenommen werden und es müssten keine Kinder mehr abgewiesen werden. Dies gilt allerdings nur unter der einschränkenden Bedingung, dass der prozentuale Anteil der Kinder und Eltern im Übergang von Grundschulen auf weiterführende Schulen zukünftig konstant bleibe. In der Abschätzung der zukünftigen Anmeldezahlen wird hier zunächst angenommen, dass unter Berücksichtigung der in den Schuljahren prognostizierten Zahl der 10-jährigen zukünftig anteilig für genauso viele Kinder Anmeldungen an den Kölner Gesamtschulen vorgenommen werden, wie zuletzt.“

Dazu Klaus Minartz vom Arbeitskreis Schulentwicklung der GEW:

„Im Schuljahr 2029/30 (I), also erst in ca. 10 Jahren, würden die Anmeldungen bei den Gesamtschulen dann so behandelt werden wie schon immer ganz selbstverständlich bei den Gymnasien – wo Rat und Verwaltung dafür sorgen, dass alle angemeldeten Schüler*innen auch tatsächlich ein Gymnasium besuchen können. Und wenn dann 160 Schüler*innen nicht an einem Gymnasium ihrer ersten oder zweiten Wahl angenommen werden können, sondern auf ein anderes wechseln müssen, dann beauftragt der Schulausschuss des Stadtrates Presseberichten von Ende April 2020 zufolge die Verwaltung sich noch einmal um das Anliegen der betroffenen Familien zu kümmern und mit der Bezirksregierung nach Lösungen zu suchen.“

„Gut so,“ bewertet dies Klaus Minartz, „aber warum nicht dieselbe Fürsorge für die abgelehnten Gesamtschüler*innen, die auf eine andere, von ihnen nicht gewollte Schulform wechseln mussten? Und warum nicht eine Abstimmung für einen bedarfsgerechten schnelleren Ausbau der Gesamtschullandschaft? Etwa: 4 neue Gesamtschulen (eine davon in Rondorf) und 2 neue Gymnasien im ersten Schritt.“

Anmerkung: Alle kursiv gedruckten Zitate sind aus der Beschlussvorlage der Oberbürgermeisterin vom 9.3.2020 für den Ausschuss Schule und Weiterbildung (ASW) (25.5.2020) und den Rat (18.6.2020) und den Anlagen dazu: Betreff „Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung Köln 2020“, Vorlagennummer 0418/2020

nicht zu übermäßigen Belastungen der bestehenden Gesamtschulen führen darf.

Zum Schluss:

Die GEW Köln hat in ihrer Stellungnahme zu den Plänen der Schulverwaltung, in einer ersten Runde zwei neue Gymnasien und vier neue Gesamtschulen zu bauen, gefordert:

„Vier neue Gesamtschulen (eine davon in Rondorf) und zwei neue Gymnasien im ersten Schritt.“

Damit würde der Rat den im Schulausschuss beschlossenen Grundsätzen (siehe Beispiel 1) näher kommen. Und die Grünen wären näher an ihren eigenen bildungspolitischen Grundsätzen.



Gute Bildung für alle

Bildungserfolge hängen von der sozialen Herkunft ab. Inklusion steckt in den Kinderschuhen. Die Bildungsausgaben liegen unter dem OECD-Durchschnitt. In internationalen Vergleichstests schneidet das deutsche Schulsystem nur durchschnittlich ab.

Lösungen sind längst bekannt: Ausbau der frühkindlichen Bildungsangebote, verlässliche Kita-Betreuung, Ausbau von Ganztagsangeboten, länger gemeinsam lernen in einer inklusiven Schule für alle, eine stärkere individuelle Förderung, Verknüpfung der einzelnen Lernorte sowie die Verbesserung der Relation von Lehrenden und Lernenden sind nur einige Stichworte. Sie machen deutlich, dass es primär um die Frage nach der Finanzierung geht. Ein besseres Bildungssystem kostet mehr Geld! Es darf nicht zu Lasten der Beschäftigten gehen!

Kompensatorische Bildungspolitik konsequent umsetzen! Bildungspolitik ist Aufgabe der Länder. Kommunen können aber über die äußere Schulverwaltung – Gebäude, Ausstattung, Sozialarbeit, Jugendhilfe, Vernetzung – direkten Einfluss auf das Bildungsgeschehen nehmen.

Bildungssteuerung nutzen! Voraussetzung für ein stärkeres Engagement der Stadt ist ein Bildungsmonitoring, das als Grundlage einer Bildungssteuerung dient. Mit dem Kölner Bildungsbericht (2012) liegt eine Grundlage vor. Allerdings gibt es keine Konsequenzen und umfassende Fortschreibung. Richtig ist: Papiere ersetzen keine Taten. Allerdings bleiben einzelne Maßnahmen, die nicht in Gesamtkonzepten und Strategien eingebunden sind, häufig Stückwerk. Deswegen müssen Rat und Verwaltung diese Berichte und Planungen kontinuierlich fortschreiben.

Bedarfsgerechte Finanzierung im Bildungsbereich sichern!

Die Realität ist geprägt von einer Mangelverwaltung: Schluss mit Klassen und Kursen, die aus allen Nähten platzen, und viel zu großen Gruppen in Kitas. Angemessene und gerechte Bezahlung sowie besserer Gesundheitsschutz für eine anspruchsvolle und anstrengende Arbeit. Schluss mit Unterrichtsausfall und Befristungsunwesen. Schluss mit dem Gebäudenotstand und Sanierungsstau!

Eine Schule für alle: Unser Ziel im Sinne des inklusiven Lernens ohne soziale Auslese ist eine Schule für alle. Übergangsweise streben wir ein zweigliedriges Schulsystem mit Gesamtschulen auf der einen und Gymnasien und Berufsschulen auf der anderen Seite an. Dabei gilt: Wir brauchen deutlich mehr Gesamtschulen in Köln. Der Gesamtschulnotstand – in Köln fehlen fünf Gesamtschulen – muss beseitigt werden!

Offener Ganztag an Grundschulen (OGS): Den Offenen Ganztag gibt es seit nun mehr 15 Jahren. Aus einer provisorischen Übermittagsbetreuung wurde ein nicht mehr wegzudenkender Bildungsbereich, der mittlerweile von mehr als 90% der Kölner Grundschüler*innen besucht wird. Qualitative Standards wurden jedoch nicht mit ausgebaut, sondern an vielen Stellen drastisch reduziert.

Erwachsenen- und Weiterbildung: Das Weiterbildungsangebot der VHS muss in vollem Umfang erhalten, sogar ausgebaut werden. Die prekären Beschäftigungsbedingungen an der VHS müssen konsequent zurückgeführt und die Tariffucht bei der Stadt Köln beendet werden.

Konkrete Forderungen zu den einzelnen Schulformen sind in der ausführlichen Fassung der „Kommunalpolitischen Forderungen 2020-2025“ enthalten-

Alltagsrassismus im Lehrerzimmer

„Maria, Maria!“, werde ich gerufen. „Maria, Maria!“. Der Kollege ist hörbar irritiert. María heißt meine Oma, mein Name ist Victoria. Seit mehreren Jahren bin ich nun Teil dieses Kollegiums und ich kann mich nicht daran gewöhnen, wenn ich beim falschen Namen gerufen werde. //

Victoria Rodrigues, FG Gymnasium

- „**Ich heiße Victoria, nicht María.**“

- „**Du bist doch die Spanischlehrerin.**“

- „**Ja.**“

- „**Also bist Du doch María!**“

- „**Nein, ich bin die Spanischlehrerin und ich heiße Victoria.**“

Der Kollege schaut mich ziemlich verloren an und sagt: „Äh? Ihr heißt doch alle María.“ Nun ja, ich heiße immer noch Victoria und frage mich (und ihn), wer ist mit „ihr“ gemeint. „Ihr Spanier?“ - „Du sprichst doch Spanisch, du bist die Spanischlehrerin.“

Dieses und ähnlich absurde Gespräche müssen „wir“, die Lehrer*innen mit Zuwanderungsgeschichte, ständig erleben. Selbst Nachnamen werden beliebig umgewandelt: Aus Morales wird Perez oder Sánchez, einfach so.

Sie lachen? Ich nicht. Nicht mehr. Alice Haster vergleicht diese „kleinen Momente“ als „Mückenstiche. Kaum sichtbar, im Einzelnen auszuhalten, doch in schierer Summe wird der Schmerz unerträglich.“

Rassismus wird wieder – zum Glück, muss man sagen – ein Thema in Deutschland. Wir müssen über den grassierenden Alltagsrassismus in deutschen Schulen reden und diskutieren. Auch im Lehrerzimmer muss darüber geredet und reflektiert werden. Denn diese und noch weniger lustige Situationen erleben Lehrer*innen mit Migrationshintergrund leider sehr oft. Gerade dort, wo die Kinder und Jugendlichen lernen sollen, Vorurteile zu überwinden, dort finden diese Gespräche täglich statt. Dort, wo die Begegnung mit fremden Menschen und Kulturen eine Bereicherung sein sollte. Denn unser Erziehungsauftrag ist die Vorbereitung auf ein Leben in einer offenen, inklusiven und respektvollen Gesellschaft. Aus diesem Grund sollte die Initiative „Schule ohne Rassismus“ nicht nur ein Projekt für die Schüler*innen sein, da – offenkundig – das Lehrerzimmer vor diesem gesellschaftlichen Phänomen nicht gefeit ist.

„Positiver Rassismus“ macht Rassismus nicht positiv!

Meine Kolleg*innen sind bestimmt keine Rassist*innen, Fremdenhass ist ihnen fremd. Sie „meinen es ja nicht so“. Gewiss nicht. Deswegen ist es dringend notwendig dafür zu sensibilisieren, wie es sich anfühlt, jeden Tag daran erinnert zu werden, dass man immer noch ein Fremdkörper ist, dass die Integration doch eine Einbahnstraße, oder eher eine Sackgasse, ist. Und genau in solchen Gesprächen und Situationen kristallisiert sich doch die Konstruktion von einem „uns“ und einem „ihr“. Ein „ihr“, das auf irgendwelchen Bildern ba-

siert, die ich nicht durchschaue und über welche ich keine Handhabe habe.

Ein „ihr“, das von vorneherein und von oben definiert, wer ich bin (Spanierin), wie ich heiße (María), welche Religion ich praktiziere (katholisch), welche Musik ich höre (Salsa, Reggaeton, Flamenco, o.ä.), was ich esse (Fleisch), sogar ob ich einen Sonnenbrand bekommen kann oder nicht (natürlich nicht). All diese Fremdzuschreibungen reduzieren meine Person auf ein Konvolut von vorgefertigten Meinungen und Halbwissen. Und es ist von frustierend bis regelrecht herabwürdigend in Auseinandersetzungen nicht ernstgenommen zu werden, weil ich nun mal „temperamentvoll“ sei.

In der Wahrnehmung vieler Kolleg*innen bleibe ich auf ewig „die Spanischlehrerin“, oft ein Aushängeschild: Muttersprachlerin, sehr „authentisch“, Chiquita-Banana in deinem Klassenraum.

Aber als Deutsch-Lehrerin ist es ein wenig komplizierter. Viele Kolleg*innen finden es total verrückt, dass ich in Deutsch eingesetzt werde, dabei könnte ich mehr Spanisch unterrichten. Und sie meinen das total nett. Ich bin keine Muttersprachlerin. Ich bin nicht mal in Deutschland geboren und bin auch nicht hier aufgewachsen. Es sei doch ein größerer Aufwand für mich, Deutsch zu unterrichten. Es scheint keine Bedeutung zu haben, dass ich ein Magisterstudium in Germanistik und Allgemeinen Sprachwissenschaften an einer deutschen Universität absolviert habe, dass ich anerkannte Übersetzerin für die IHK bin, dass ich eine Prüfung über meine Deutschkenntnisse abgelegt habe, bevor ich studieren durfte, und dass ich meine Deutschkenntnisse noch einmal unter Beweis stellen musste, um mein zweites Staatsexamen erlangen zu dürfen.

Es spielt keine Rolle, dass ich mittlerweile in Deutschland länger lebe als ich in meinem Herkunftsland je gelebt habe, dass ich mich zuerst in die deutsche Sprache, und somit später auf Deutsch verliebt und geheiratet habe und mich auch deutsch scheiden ließ, dass ich auf Deutsch mein Kind zur Welt gebracht habe und in dieser Sprache Schlaflieder gesungen habe.

Mein ganzes Leben spielt sich in der deutschen Sprache ab. Diese Sprache ist meine Heimat, ist mein Zuhause. Zwar nicht, dort wo ich hineingeboren wurde, sondern der Ort, für den ich mich bewusst entschieden habe.

Und doch muss ich mich immer wieder rechtfertigen, warum ich überhaupt Deutsch unterrichte. Meine Kompetenz wird hinterfragt. Und es gibt wenig Rückhalt, wenn die eine Mutter als „Gesandte“ der Klassenpflugschaft in meinen Unterricht platzt, um meine Deutschkenntnisse zu überprüfen. Die einzige Rückmeldung seitens der Schulleitung über diesen diskriminierenden Vorfall lautete damals, dass es nicht in Ordnung sei, dass die Eltern ohne vorherige Anmeldung im Unterricht hospitieren.

Lehrerzimmer nicht ausgenommen ...

Solche Verhaltens- und Denkmuster sind die Säulen, die ein rassistisches, diskriminierendes System tragen und aufrechterhalten. Und sie sind präsent in den Fluren, Klassenräumen und Lehrerzimmern der deutschen Schulen. Meine tagtäglichen Erfahrungen sind kein Einzelfall. Das belegen etliche Studien und Statistiken der letzten Jahre und Jahrzehnte. Der Sozialwissenschaftler und Rassismusforscher Karim Fereidooni, Juniorprofessor für Didaktik der sozialwissenschaftlichen Bildung an der Ruhr-Uni Bochum, zeigt in seinen

zahlreichen Untersuchungen über Rassismuserfahrungen deutscher Lehrkräfte, dass 60 Prozent der von ihm befragten nicht-weißen Referendar*innen angegeben haben, mit Rassismus in der Schule konfrontiert zu werden. Ich bin nicht mal Schwarz¹, trage kein Kopftuch oder gehöre zu einer ethnischen, religiösen oder nationalen Minderheit, die besonders negative Zuschreibungen erdulden muss. Nichtsdestotrotz kenne ich diese Situationen zu genüge und höre oft ähnliche Berichte anderer Kolleg*innen mit Migrationshintergrund. Dabei kommen Lehrkräfte, die selbst oder deren Vorfahren aus einem anderen Land eingewandert sind, in ihrer Anzahl gar nicht so häufig vor. In den deutschen Schulen sind Kolleg*innen mit Zuwanderungsgeschichte immer noch eine Randerscheinung. Warum? Die Antwort auf diese Frage ist vielschichtig und komplex. Aber wenn wir uns mal den Spiegel vorhalten, werden manche Faktoren klar und deutlich in Erscheinung treten.

Es ist schwierig darüber zu reden, ohne befürchten zu müssen, dass man als zu sensibel, humorlos oder übertrieben betitelt

wird. Oder zu hören, dass man nichts mehr sagen darf, dass mit falschen Namen genannt zu werden, nun wirklich kein Rassismus sei, dass das auch nicht böse oder beleidigend gemeint sei. Das Selbstverständnis der Lehrer*innen – als aufgeschlossen, gebildet, tolerant u.ä. – erschweren die Bewusstmachung und Auseinandersetzung mit rassistischen Stereotypen und Verhaltensweisen, die in unserem alltäglichen Leben verankert sind. Dabei ist die Reflexion und Sensibilisierung über solche Verhaltens- und Denkmuster so drängend. Uns sollte gelten, diese alltäglichen, „harmlosen“ Situationen zu hinterfragen und sie zu verändern. Wenn wir uns diese unbequeme Fragen nicht stellen, verharren wir in der – wie die indische Politikwissenschaftlerin Nikita Dhawan es formuliert – „Ignoranz gegenüber der eigenen Ignoranz“.

1 = Die Großschreibung des Wortes „Schwarz“ soll hier verdeutlichen, dass es sich um ein konstruiertes Zuordnungsmuster handelt.

// Geschäftsstelle //

Gemeinsam gegen Rassismus – Black lives matter!

Am 25. Mai 2020 wurde der 46-jährige Afroamerikaner George Floyd in Minneapolis Opfer rassistischer Polizeigewalt: Während einer Ingewahrsamnahme drückte ein Polizist 8 Minuten und 46 Sekunden lang sein Knie in den Hals von Floyd, der immer wieder betonte, dass er Schmerzen habe, nicht mehr atmen könne und dass sie dabei seien, ihn umzubringen. Auch Passant*innen flehten die Polizisten immer wieder an, von dem wehrlosen Mann abzulassen. Vergeblich – George Floyd starb durch diese unmenschliche Tat, was mittlerweile durch eine Autopsie bestätigt wurde.

Diese unsägliche Tat ist eine von vielen in den USA, wo es immer wieder zu rassistisch motivierter Polizeigewalt gegenüber People of Colour kommt. Zehntausende demonstrieren in den USA seitdem Tag für Tag gegen Rassismus und rassistische Polizeigewalt, Hunderttausende auf der ganzen Welt solidarisieren sich unter dem Motto „Black lives matter“.

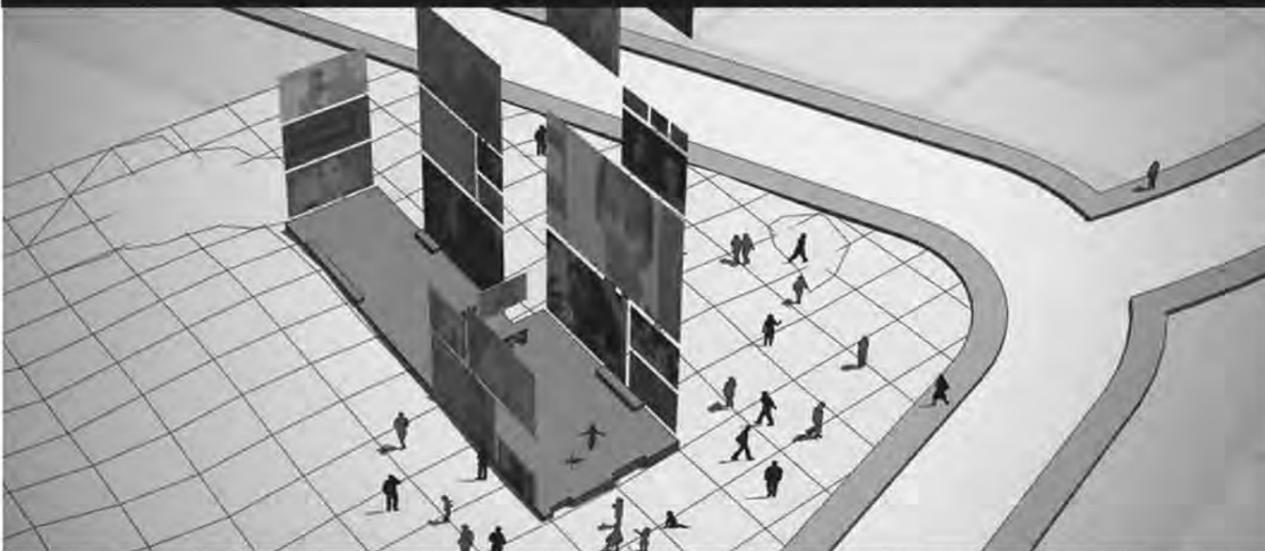
Auch in Deutschland ist Rassismus ein ernstzunehmendes Problem in der Gesellschaft, aber auch in Polizeikreisen – erwähnt sei hier der Tod von Oury Jalloh, der 2005 in seiner Gefängniszelle ums Leben kam oder auch racial profiling, das vermehrt beobachtet werden kann.

Als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wissen wir: Nur zusammen sind wir stark, Solidarität ist unsere Stärke. Uns trennen keine Hautfarben oder unterschiedliche Herkunftsländer, keine unterschiedlichen Religionen oder Kulturen. Wir als GEW leben und lieben ein Miteinander der Vielfalt. Aus diesem Grund stellen wir uns ganz entschieden gegen jegliche Form von Rassismus und solidarisieren uns mit der „Black lives matter“ Bewegung.

Der Erweiterte Vorstand der GEW Köln, 10. Juni 2020



HERKESIN MEYDANI — PLATZ FÜR ALLE



OFFENER BRIEF AN DIE KÖLNER OBERBÜRGERMEISTERIN HENRIETTE REKER UND DIE MITGLIEDER DES KÖLNER STADTRATES

Sehr geehrte Frau Reker, liebe Mitglieder des Kölner Stadtrates,

Köln, 21. März 2020

die Kölner Stadtgesellschaft braucht einen Lern- und Erinnerungsort in Gedenken an die Opfer der rassistischen Anschläge des Nazi-Netzwerks „NSU“. 20 Jahre nach dem ersten Mord an Enver Şimşek wollen wir es nicht mehr hinnehmen, dass in allen Städten, in denen der NSU gemordet oder Anschläge begangen hat, sichtbar und dauerhaft daran erinnert wird, nur in Köln nicht. Wir fordern Sie auf, endlich aktiv zu werden und den Beschluss des Kölner Rats vom 15.12.2015 zum künstlerischen Wettbewerbsverfahren für einen geeigneten Denkmalentwurf in die Tat umzusetzen. Unsere Initiative hat sich im Herbst 2019 aus verschiedenen Einzelpersonen und Initiativen gegründet, um dem Stillstand in der Umsetzung des Mahnmales an der Keupstraße entgegenzuwirken.

Nach der Enttarnung des NSU Ende 2011 wurde in Köln erstmals die Forderung nach einem Gedenkort in direkter Nähe der Keupstraße — also dort, wo der NSU 2004 eine Nagelbombe zündete, um einen Massenmord an MigrantInnen zu verüben — laut. Und es sah gut aus, dass dieses Vorhaben auf dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs in unmittelbarer Nähe des Tatorts in der Keupstraße realisiert werden könnte. Mehr als 15 Jahre war unter reger Beteiligung von Bürger*innen und Initiativen über die Pläne zur Neubebauung des Geländes diskutiert worden. Im Rahmen des so genannten Werkstattverfahrens wurde die Ecke Keupstraße / Schanzenstraße explizit als Standort für einen Gedenkort benannt. Auch der parallele Wettbewerb für ein Mahnmal zur Erinnerung an die Kölner NSU-Bombenanschläge weckte große Hoffnungen. Schließlich hatten sich alle Beteiligten, darunter auch Bewohner*innen der Keupstraße, Betroffene der Bombenanschläge und Stadtteilinitiativen einvernehmlich für den Entwurf eines interaktiven Gedenkorts des Berliner Künstlers Ulf Aminute entschieden, der

seine physische Präsenz an eben jener Ecke Keupstraße / Schanzenstraße finden sollte.

Doch seitdem geriet der Prozess, der so hoffnungsvoll begonnen hatte, ins Stocken. Die Eigentümergemeinschaft des besagten Areals will von diesen Plänen nichts gewusst haben und weigert sich bis heute, eine Zusage für den Gedenkort an dieser Stelle zu geben. Mit dem lapidaren Verweis, dass der anvisierte Standort Privateigentum sei und die Kommune somit keine Handlungsmöglichkeiten habe, stiehlt sich die Kölner Politik und Verwaltung seitdem aus der Verantwortung.

Für uns, als Initiativen, die sich in dieser Stadt auf vielfältige Weise gegen Rassismus und für eine lebenswerte Stadt für Alle engagieren, ist dieses verantwortungslose Verhalten nicht nachvollziehbar. Die Stadtverwaltung hat Spielräume, den Gedenkort an der Keupstraße zu realisieren und wir fordern sie auf, diese endlich zu nutzen.

Die Initiative „Herkesin Meydanı — Platz für Alle“ hat in ihrer Eingabe vom 20.02.2020 an den Ausschuss für Anregungen der Stadt Köln, die Ihnen zur Verfügung stehenden Handlungsmöglichkeiten benannt:

• Die Stadt möge einen **angebotsbezogenen Bebauungsplan aufstellen, der den „Herkesin Meydanı — Platz für alle“ an der Keupstraße/Ecke Schanzenstraße als Standort für das Mahnmal festschreibt.**

• Im Falle eines Verkaufs des Grundstücks durch die Eigentümergemeinschaft möge die Stadt ihr **Vorkaufsrecht geltend machen und die für den Gedenkort notwendige Fläche erwerben.**

Wir, die unterzeichnenden Initiativen, sowie Betroffene der rassistischen Anschläge des NSU und AnwohnerInnen der Keupstraße, fordern die Stadt Köln auf, die Aufstellung eines rechtsverbindlichen Bebauungsplanes einzuleiten, um das Mahnmal an der Ecke Keupstraße/Schanzenstraße so bald wie möglich zu realisieren.

Zur Erinnerung — denn oft scheint es schon heute in Vergessenheit geraten zu sein: Der Anschlag des NSU in der Keupstraße zielte auf eine Vielzahl von Toten in der belebten Straße. Nur zufällig kam in Köln bei den beiden Bombenanschlägen niemand zu Tode. Der NSU hat mit seinen Anschlägen gezielt Orte und Menschen angegriffen, die die „Gesellschaft der Vielen“ darstellen. Die Anschlagziele sind nicht willkürlich ausgewählt worden, sie galten ausnahmslos Kleinunternehmer*innen, die sich hier eine Existenz aufgebaut hatten.

Die Absichten der unbekanntesten Täter schienen zunächst aufzugehen. Die Ermittlungen der Polizei richteten sich ausschließlich gegen die Betroffenen. So wurden die Opfer zu Tätern gemacht und die Betroffenen erfuhren weder gesellschaftliche Solidarität noch offizielle Unterstützung. Die Anschläge und die Stigmatisierung der Betroffenen haben Verletzungen, Traumata und unermessliches Leid hinterlassen. Doch nach der Selbstenttarnung des NSU gab es auch in Köln eine Welle der Solidarität, so dass der Terror sein Ziel nicht erreichte. Die Keupstraße blühte wieder auf und wurde zum Symbol der vielfältigen postmigrantischen Stadtgesellschaft.

Status Quo — Leere Versprechen

Doch das Versprechen der Bundeskanzlerin nach lückenloser Aufklärung wurde nicht eingelöst und die weitverzweigten Nazi-Netzwerke und die Verstrickung der Behörden nicht aufgedeckt. Die Morde in Hanau, die Anschläge in Halle und der

Mit freundlichen Grüßen

Initiative „Herkesin Meydanı — Platz für alle“

Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke sowie die alltägliche rassistische Gewalt zeigen, dass die Nazi-Netzwerke noch gestärkt wurden. Entgegen aller offiziellen Bekenntnisse zur Solidarität ist das Mahnmal in Keupstraße bis heute nicht realisiert worden.

Dabei weckten die Pläne berechtigte Hoffnungen auf ein würdevolles Gedenken. Das Konzept wird von den Betroffenen der Keupstraße und der Probsteigasse befürwortet. Nun droht es zwischen den Interessen der Eigentümer, städtebaulicher Ideenlosigkeit und unverantwortlichen Handeln abgewertet zu werden. So gilt weiter das Diktum von Ibrahim Arslan, Überlebender des rassistischen Brandanschlags von Mölln 1992: „Das Erinnern wird erkämpft.“

Wir denken, es wird Zeit, dass sich in dieser Stadt alle — Bewohner*innen, Initiativen, Politik und Verwaltung — mit allen Kräften dafür einsetzen, dass das Mahnmal endlich genau an dem Ort, der von Nazi-Terroristen angegriffen wurde, realisiert wird. Zollen wir der Keupstraße als elementarem Bestandteil unserer Gesellschaft Respekt. Schaffen wir einen Platz für Alle, der neue vielfältige Perspektiven ermöglicht. Realisieren wir ein Mahnmal, das Rassismus anklagt, aber auch von Solidarität und der elementaren Bedeutung der Migration für unsere Stadt spricht.

Nachtrag: Diesen offenen Brief und die Eingabe an die Stadt Köln haben wir seit einiger Zeit vorbereitet. Es ist erschütternd, dass wir nun zum Zeitpunkt unserer Einreichung weiteren Toten rassistischer Morde gedenken müssen. In Erinnerung an die Klage und Anklage der Angehörigen der NSU-Opfer, die schon 2006 in Kassel demonstrierten, fordern wir: „Kein weiteres Opfer“. In diesen Tagen sind unsere Gedanken, unser Mitgefühl und unsere Solidarität bei den Betroffenen, Angehörigen und Freund*innen der am 19.02.2020 in Hanau Ermordeten.

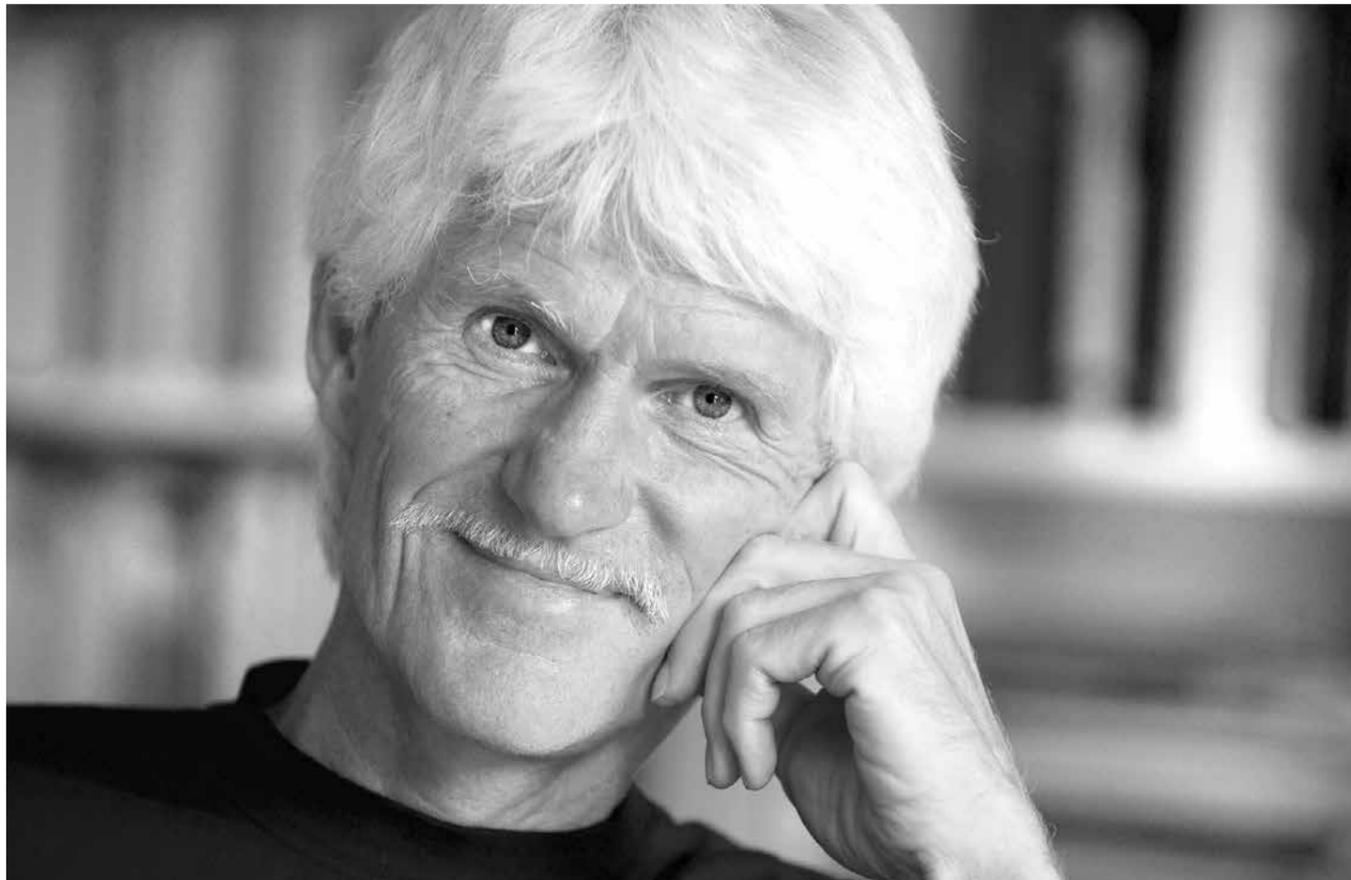
mahnmal-keupstrasse.de | platzfueralle@posteo.de

ERSTUNTERZEICHNER*INNEN

Abdullah Özkan, Betroffener des Bombenanschlags 2004 in der Keupstraße | Ayfer Şentürk-Demir, Betroffene des Bombenanschlags 2004 in der Keupstraße | Emine Kahvecioğlu, Betroffene des Bombenanschlags 2004 in der Keupstraße | Hasan Yıldırım, Betroffener des Bombenanschlags 2004 in der Keupstraße, Kuaför | Ismet Büyüç, Betroffener des Bombenanschlags 2004 in der Keupstraße | Muarrem Şentürk, Betroffener des Bombenanschlags 2004 in der Keupstraße | Muhammet Ayazgün, Betroffener des Bombenanschlags 2004 in der Keupstraße, Café-Betreiber auf der Keupstraße | Özcan Yıldırım, Betroffener des Bombenanschlags 2004 in der Keupstraße, Kuaför | Die betroffene Familie des NSU-Bombenanschlags in der Probsteigasse 2001 | Sermin und Etem Sağdıç, Betroffene des Bombenanschlags 2004 in der Keupstraße | Meral Sahin, Vorsitzende der IG Keupstraße | Mitat Özdemir, Ehrenvorsitzender der IG Keupstraße | İbrahim Arslan, Überlebender der rassistischen Brandanschläge von Mölln 1992 und Erinnerungspolitiker Aktivist | Esther Bejarano, Überlebende des KZ Auschwitz-Birkenau, Musikerin, Ehrenvorsitzende der VVN-BDA (Vereinigung der

Verfolgten des Naziregimes — Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten) | Familie Satir, Überlebende des Brandanschlags in Duisburg 1984 | Initiativen: Allerweltschule e.V. Köln | Antifa AK Köln | Autonomes Zentrum Köln | Bejarano & Microphone Mafia | Bürger*innenasy Köln | Bürgerinitiative hab8cht | Deutsche Friedensgesellschaft — Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) Gruppe Köln | D1DF (Föderation demokratischer Arbeitervereine e.V.) Köln | Friedensinitiative Köln Süß/Klettenberg | GWM Geschichtswerkstatt Mülheim | IG Keupstraße | Initiative Neben.de | Initiative Keupstraße ist überall | Integrationshaus e.V. | Komitee für Grundrechte und Demokratie | MigrantIna nrw | Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V. | Peace Brigades International (pbi) Regionalgruppe Köln-Bonn | Pflanzstelle Kalk | Tribunal „NSU-Komplex auflösen“, Köln | TÜDAY — Menschenrechtsverein Türkei/Deutschland e.V. | Verein der Forschungsstelle für interkulturelle Studien (FiSt e.V.) | Initiative Duisburg 1984 | Naturfreunde Ortsgruppe Kalk und Bezirksgruppe Köln | Jugendclub Courage

Köln e.V. | Hacı Bektaş Veli Cemhaus | Alevitisches Kulturzentrum Porz e.V. | Initiative Völkermord erinnern | Einzelpersonen: Joram Bejarano, Musiker | Prof. Dr. A. Panagiotopoulou, Universität zu Köln | Dr. Anne Klein, Universität zu Köln | PD Dr. Bettina Lösch, Universität zu Köln | Edith Lunnebach, Rechtsanwältin Nebenklage NSU-Prozess, Köln | Prof. Dr. Elizabeta Jonuz, Hochschule Hannover | Univ.-Prof. Dr. Erol Yıldız, Universität Innsbruck | Prof. in Dr. Gudrun Hentges, Universität zu Köln | Harald Fuchs | Dr. Jost Rebenitsch, Bundesverband Information Beratung für NS-Verfolgte e.V., Köln | Jürgen Crummenerl | Dr. Jürgen Zepp, Universität zu Köln | Julia Lingenfelder, Universität zu Köln | Prof. Dr. Julia Reuter, Universität zu Köln | Prof. Dr. Kemal Bozay, Internationale Hochschule in Düsseldorf | Laura Bach | Univ.-Prof. Dr. Manuel Zahn, Universität zu Köln | Müslüm Sakinc | Prof. Dr. Stefan Neubert, Universität zu Köln | Prof. Dr. em. Wolf-Dietrich Bukow, Universität zu Köln | Boris Sieverts | Doğan Akhanlı, Alexander Hoffmann, Rechtsanwalt Nebenklage NSU-Prozess | Dr. Susanne Schmidt, AWO Bezirksverband Mittelrhein e.V. | İliş Uyar, Rechtsanwalt



Was uns die Corona-Krise lehrt: „Starke Schultern müssen mehr tragen als die schwachen!“

Wie stabil ein System ist, zeigt sich am deutlichsten, wenn es in der Krise steckt. Auch und gerade im Bildungssystem mussten wir in Corona-Zeiten erleben, wie wahr diese These doch ist. So manche*r würde von Stabilität schon gar nicht mehr reden. Wie der Elitenforscher Prof. Michael Hartmann die Lage einschätzt und wo er Möglichkeiten zur Finanzierung der Folgekosten sieht, fragten ihn in der zweiten Juniwoche dieses Jahres **Stefan Schüller und Guido Schönian (Mitglieder des GfV und der „forum“-Redaktion)**

forum: Anfang Juni äußerte die chilenische Bestseller-Autorin Isabel Allende in einem AFP-Interview, die Corona-Pandemie beschleunige den Kampf gegen Rassismus, Sexismus und andere Ungerechtigkeiten. „Ungleichheit ist die Realität“, sagte sie und dass „Künstler, Wissenschaftler, all die jungen Leute, viele Frauen“ sich nun Gedanken machten, wie eine neue Normalität aussehen muss. Welche Position nimmt der Soziologe Michael Hartmann dazu ein?

HARTMANN: Zunächst eine kurze, aber notwendige Vorbemerkung. Derzeit basieren alle Aussagen über die Folgen der Corona-Pandemie auf Annahmen über deren weiteren Verlauf. Je nachdem, ob man von einem einmaligen heftigen Einbruch ausgeht oder von einer lang andauernden Krise, unterscheiden sich auch die möglichen Konsequenzen gravierend. Welche Annahmen zu treffen, kann aktuell aber niemand sicher sa-

Prof. em. Michael Hartmann wurde 1952 in Paderborn geboren, war bis 2014 Professor für Soziologie an der TU Darmstadt, gehört dem Wissenschaftlichen Beirat von „attac“ an und ist Mitglied der GEW. Sein Forschungsschwerpunkt ist die Elitenforschung.

Veröffentlichungen u.a.:

Die Abgehobenen. Wie die Eliten die Demokratie gefährden. (276 Seiten, Campus Verlag, 2018)

Soziale Ungleichheit – Kein Thema für die Eliten? (250 Seiten, Campus Verlag, 2013)

gen. Die folgenden Äußerungen sind daher entsprechend vorsichtig und vom jetzigen Stand der Dinge ausgehend.

Doch nun zu Ihrer Frage: Für die Mehrheit der westlichen Staaten dürfte die Aussage von Allende zwar stimmen, den bei ihr durchscheinenden Optimismus kann ich allerdings nur sehr bedingt teilen. Sicherlich nehmen schon lange gärende gesellschaftliche Konflikte durch die Pandemie an Schärfe zu, wie aktuell die Demonstrationen gegen Rassismus zeigen, die vor allem in den USA aufgrund der drastischen Verschlechterung der Lebenslage durch Corona deutlich

heftiger und breiter ausfallen als sonst. Auch gibt es mehr Menschen, die sich Gedanken über eine Zukunft ohne die bisherigen kapitalistischen Zwänge machen.

Ich bin aber skeptisch, was die Durchsetzungsfähigkeit angeht. So lässt sich für die USA nicht einmal sagen, ob Trump die Chancen auf eine Wiederwahl durch sein brachiales Vorgehen wirklich gemindert hat, zumal sein Kontrahent Biden eine Antwort auf die Frage schuldig bleibt, wie er sich grundlegende Veränderungen bei den strukturellen Wurzeln des Rassismus vorstellt.

Ähnlich sieht es in Brasilien mit Bolsonaro aus. Bislang kann er sich trotz seiner haarsträubenden Fehler in der Bekämpfung der Pandemie weiter auf die Unterstützung der maßgeblichen Kreise in Wirtschaft und Militär und die seiner Kernwählerschaft verlassen. Ganz generell ist zu befürchten, dass sich die Kräfteverhältnisse eher zu Ungunsten der Beschäftigten und Arbeitslosen entwickeln.

Je länger die Krise dauert, umso stärker wird das wohl der Fall sein. Dafür spricht noch ein weiterer Punkt. Erfolgversprechender Widerstand bedarf einer politischen Perspektive. Eine solche Perspektive zu erkennen, ist aber seit den Niederlagen

„Das obere Prozent der Bevölkerung in Deutschland verfügt über ein Drittel des Gesamtvermögens. Allein die hundert Reichsten besitzen mehr als eine halbe Billion Euro.“

von Jeremy Corbyn und Bernie Sanders, den beiden aussichtsreichsten personellen und programmatischen Alternativen zur herrschenden Elitenpolitik, deutlich schwerer geworden. Das alles bedeutet nicht, dass man nicht weiter für solche Alternativen kämpfen soll. Es macht nur die Schwierigkeiten deutlich und warnt vor übereilem Optimismus, wie er in manchen Stellungnahmen nach dem Muster „Der Neoliberalismus hat endgültig abgewirtschaftet“ oder „Es wird nie wieder so sein wie zuvor“ zutage tritt. Sie unterschätzen die Stabilität von Macht- und Herrschaftsverhältnissen.

forum: Gerade im Bildungsbereich hat die Corona-Krise einer breiten Öffentlichkeit viele Missstände deutlich aufgezeigt: Personalmangel, mangelnde technische Ausstattung der Bildungseinrichtungen (ganz zu schweigen vom fehlenden Know-how), schlechte Infrastruktur bis hin zum Totalausfall bei Lohnersatzleistungen für Honorarkräfte. Welche Schlüsse zieht die Elitenforschung aus den Auswirkungen dieser beispiellosen Krise? Ist die Betroffenheit vergleichbar durch alle Schichten unserer Gesellschaft?

HARTMANN: Die Betroffenheit ist höchst unterschiedlich. Das zeigen viele Berich-

te. Je weniger finanzielle Reserven jemand hat, desto stärker treffen ihn die Folgen der Pandemie. Die Mehrheit der geringfügig Beschäftigten und Solo-Selbständigen, die jetzt besonders unter Entlassungen leiden, gehörte schon vorher zu denen, die unterdurchschnittlich verdienen und dementsprechend kaum oder gar keine Ersparnisse haben.

Bei den Obdachlosen sieht es noch schlimmer aus. Sie fallen völlig durch das Raster der Hilfsmaßnahmen. Auf der anderen Seite stehen die Wohlhabenden und Reichen. Obwohl sie zunächst stark vom Einbruch der Börsen getroffen wurden, zumindest auf dem Papier, ist dieser Verlust inzwischen weitgehend wieder aufgeholt. Wenn die Pandemie in absehbarer Zeit beherrschbar wird, dürfte es so laufen wie nach der Finanzkrise. Die Reichen werden noch reicher als zuvor. Bei einzelnen Supereichen wie Jeff Bezos ist das schon jetzt zu beobachten.

Er hat sein Vermögen seit Jahresbeginn um über ein Fünftel auf knapp 140 Milliarden Dollar steigern können. Im Bildungsbereich sieht es im Grundsatz ähnlich aus. Unter der Schließung von Kitas und Schulen leiden am meisten die Kinder aus ärmeren Familien. So ist vernünftiges Home-Schooling bei ihnen aufgrund der beengten Wohnverhältnisse und der begrenzten Möglichkeiten der Eltern am schwersten umzusetzen.

Bei gutverdienenden Akademikerfamilien sieht das trotz vieler auch dort auftretender Probleme ganz anders aus. Die sozial bedingten Unterschiede bei den schulischen Leistungen werden dadurch in den nächsten Jahren spürbar wachsen, umso mehr, je länger die Einschränkungen dauern.

Leider konzentrieren sich die Hilfsmaßnahmen bisher vor allem auf jene, die besonders durchsetzungsfähig sind wie die großen Unternehmen. Kinder, und vor allem die aus ärmeren Familien, gehören nicht dazu. Auch das peinliche Gezerre darum, wer nun für die vollmundig angekündigten 1.500 Euro

Corona-Prämie für Pflegekräfte aufkommen soll, demonstriert deutlich, was vom öffentlichen Lob der Politiker für die systemrelevanten Tätigkeiten zu halten ist. Wenn es darauf ankommt, zählt in erster Linie Durchsetzungsfähigkeit.

forum: Wie ist in diesem Zusammenhang das 130-Milliarden-Konjunkturpaket der Bundesregierung mit seiner Mehrwertsteuer-Absenkung und den vorgesehenen 300 € pro Kind zu bewerten?

HARTMANN: Die Senkung der Mehrwertsteuer und der Kinderbonus sind sicherlich positiv zu bewerten, weil sie mittleren und niedrigen Einkommen stärker zugutekommen als hohen. Das Programm hat nichtsdestotrotz drei entscheidende Schwachpunkte. Erstens wäre es sinnvoller gewesen, gezielt den ärmeren Teil der Bevölkerung zu unterstützen statt mit einer Mehrwertsteuer-senkung die gesamte Bevölkerung, d.h. auch die Gutverdiener. Dazu wäre eine massive Erhöhung der Hartz-IV-Leistungen das beste Mittel. Mit einer solchen Maßnahme wäre auch ein Risiko gebannt, dass die Senkung der Mehrwertsteuer beinhaltet.

Es ist möglich, dass sie nur teilweise an die Verbraucher*innen weitergegeben, der Konsum also nicht wie erhofft angekurbelt wird. Zweitens wäre eine umfassende Entschuldung der besonders armen Kommunen wichtig gewesen, weil sie das wieder in die Lage versetzt hätte, den auf öffentliche Leistungen besonders angewiesenen ärmeren Teilen der Bevölkerung solche auch bieten zu können.

Drittens wird über die Refinanzierung derzeit kein Wort verloren. Man muss daher befürchten, dass nach dem Ende der Pandemie wie bei der Finanzkrise wieder die breite Bevölkerung den Hauptteil der Kosten zu tragen hat. Gleichzeitig werden die großen Unternehmen sehr großzügig behandelt. So gibt es nach Medienberichten bislang keine Mechanismen, die sicherstellen, dass Unternehmen bei der Annahme von Staatshilfen keine Boni und Dividenden mehr zahlen. Auch werden anders als etwa in Dänemark Unternehmen von staatlicher Hilfe nicht ausgeschlossen, wenn sie Steueroasen nutzen. Im Falle der Lufthansa kann man aktuell beobachten, wie das hierzulande läuft.

forum: Immer wieder äußern Kolleg*innen aus Kita, Schule, Hochschule, dass sie sich über Arbeitsbedingungen oder gar Vergütung nicht beschweren wollen. Schließlich gäbe es solche, denen es we-

sentlich schlechter geht. Ist der Oberstudienrat schon Oberschicht? Muss man die Mitglieder der GEW schon zu den Gutverdiener*innen oder gar Wohlhabenden in der heutigen Gesellschaft zählen?

HARTMANN: Ein Oberstudienrat ist auf keinen Fall Oberschicht, es sei denn, er hat reich geerbt oder reich geheiratet. Ein Gutverdiener ist er allerdings schon. Bereits ein alleinstehender, verbeamteter Studienrat zählt mit seinem Anfangsgehalt netto zum oberen Fünftel der Einkommensbezieher. Ein Oberstudienrat mit längerer Berufserfahrung dürfte schon an das obere Zehntel heranreichen oder sogar dazu gehören. Das gilt aber eben nur für die verbeamteten

„In Deutschland bekommen Unternehmen staatliche Hilfe, auch wenn sie selbst Steueroasen nutzen.“

Lehrkräfte, nicht für die angestellten, die netto spürbar weniger verdienen. Erst recht gilt es nicht für jene, die, wie vielfach in Baden-Württemberg, immer nur für ein Schuljahr angestellt werden und sich in den Sommerferien dann arbeitslos melden müssen.

Die Beschäftigten in den Kindergärten oder Kitas verdienen bestenfalls durchschnittlich, meistens aber unterdurchschnittlich. Ähnlich sieht es im Bereich der Weiterbildung aus. Nimmt man die GEW-Mitglieder in ihrer Gesamtheit, so dürfte trotz der Veränderungen in der Mitgliedschaft immer noch ungefähr die Hälfte zu den Gutverdienern zählen.

Von den wirklich Reichen trennen aber auch sie Welten. Inzwischen gibt es hierzulande über 22.000 Einkommensmillionäre. Um zum oberen Prozent der Einkommensbezieher zu gehören, muss man mindestens über ein fünfstelliges Monatseinkommen verfügen. Das dürfte kaum ein GEW-Mitglied schaffen. Noch wichtiger als die Einkommensverteilung ist aber die Vermögensverteilung, weil Vermögen ab einer gewissen Größenordnung auch Macht bedeutet.

Wenn das obere Prozent der Bevölkerung über ein Drittel des Gesamtvermögens verfügt, sprich über geschätzt fast vier Billionen Euro, und allein die hundert Reichsten über mehr als eine halbe Billion, dann macht das den Unterschied zum Oberstudienrat oder gar den GEW-Mitgliedern in ihrer Gesamtheit deutlich.

forum: Ist es zu kurz gegriffen, wie die GEW-Köln die Wiedereinführung der Vermögenssteuer zu fordern, um die Krisen-

kosten gerechter zu verteilen? Welche anderen Maßnahmen können dazu beitragen, dass die soziale Ungleichheit durch Corona nicht noch weiter zunimmt?

HARTMANN: Eine höhere Besteuerung großer Vermögen ist meines Erachtens unumgänglich, wenn es um die Refinanzierung der Krisenkosten geht. Ob man das dadurch erreicht, dass die Vermögenssteuer wieder in Kraft gesetzt wird, durch eine höhere Erbschaftssteuer, eine Kombination von beidem oder eine einmalige Sonderabgabe auf hohe Vermögen nach dem Muster eines Lastenausgleichs, wäre mir erst einmal egal. Dass in diese Richtung gehende Vorstellungen in der Debatte derzeit kaum eine Rolle spielen, ist bedauerlich, aber eben auch charakteristisch für die Einstellung der Eliten.

Der Vorschlag der SPD Co-Vorsitzenden Saskia Esken für eine einmalige Vermögensabgabe war nach ein, zwei Tagen schon wieder aus den Medien verschwunden und ist seither auch von niemandem in einer wichtigen Position wieder aufgegriffen worden. Wie wenig an eine Belastung der hohen Vermögen gedacht wird, zeigt leider auch das Verhalten führender Vertreter der IGM wie Hofmann oder Zitzelsberger.

Sie kritisieren heftig den Verzicht auf eine Abwrackprämie, statt einen Verzicht auf Dividendenzahlungen zu fordern, um die Autos billiger anbieten zu können. Der hätte gerade bei VW und BMW in erster Linie sehr reiche Personen, die beiden Quandt Erben und die Familien Porsche und Piech, getroffen. Susanne Klatten und Stefan Quandt bekommen so in diesem Jahr eine Dividende von ungefähr 700 Millionen Euro. Angesichts eines Gesamtvermögens von über 25 Milliarden Euro wäre ein Verzicht sicherlich verkraftbar gewesen.

forum: Sollten jetzt nicht alle ihren Teil auch zur finanziellen Bewältigung der Krise beitragen? Von welcher Schicht müsste welcher Beitrag geleistet werden?

HARTMANN: Hier trifft stärker als je zuvor in der Bundesrepublik der alte Spruch zu von den starken Schultern, die mehr tragen müssen als die schwachen. Er müsste bei allen Maßnahmen die Leitschnur bilden, tut das aber leider nicht.



Alexandra, Stefan, Noreen und Paul in der Nähe der nordirisch-irischen Grenze

Schule in turbulenten Zeiten - Teil 2

In der „forum“-Ausgabe 4-2019 veröffentlichten wir ein Interview mit Noreen, einer aktiven Ruheständlerin der nordirischen Bildungsgewerkschaft NASUWT. Nun folgt das dort bereits angekündigte zweite Interview mit dem nordirischen Kollegen Paul. // **Das Interview führte Stefan Schüller, Mitglied der forum-Redaktion**

forum: Sag doch bitte zunächst etwas zu deiner Person und wie es dir dieser Tage so geht. [angesichts des Brexit-Chaos und der Corona-Pandemie; Anm. d. Übers.].

PAUL: Ich heiße Paul McCann, bin Mathelehrer und unterrichte Schüler*innen im Alter von elf bis 18 Jahren am Oakgrove Integrated College in Derry/Londonderry in Nordirland. In der Schule bin ich auch Teil des Leitungsteams und kümmere mich dort vor allem um den Bereich Standardsicherung. Ich bin 58 Jahre alt und derzeit zu Hause, da die Schule geschlossen ist.

Seit wann bist du schon Lehrer und aus welchem Grund bist du der NASUWT beigetreten?

Seit 1982 bin ich Lehrer Mitglied der NASUWT bin ich geworden, weil ich zu einer Gewerkschaft gehören wollte, die Lehrkräfte im gesamten Vereinigten Königreich vertritt.

Bist du aktiv in der NASUWT?

In meiner Schule bin ich der Vertrauensmann (Ansprechpartner) für die NASUWT.

Wie würdest du die Lage in Nordirland hinsichtlich des Corona-Virus beschreiben?

Das Regionalparlament von Nordirland hat sich anfangs an die Vorgaben der Regierung in London gehalten. Zu Beginn zählten dazu eine Reihe von möglich gemachten staatlichen Eingriffen und Zeitvorgaben, die – ihrem Berechnungsmodell zufolge – das Gesundheitssystem entlasten sollten. Es ging dabei um den berechneten Höhepunkt an Infektionen. Ein Bestandteil dieser Strategie war das Konzept zur „Herden-Immunsierung“, vor allem mit Blick auf die jüngeren, belastbareren gesellschaftliche Schichten. Das erklärt auch, warum man sich erst spät für die Schließung der Schulen entschieden hat. Die Lehrkräfte wurden somit noch län-

ger einem größeren Gesundheitsrisiko ausgesetzt. Generell war die Bevölkerung mit der Maßgabe zu Hause zu bleiben und mit den Abstandsregeln einverstanden. Die Infektions- und Sterberaten sind hier niedriger als im Rest des Vereinigten Königreichs.

Welche Forderungen hat die NASUWT bezüglich des Gesundheitsschutzes für Schüler*innen und Lehrer*innen?

Was die Frage angeht, wie Lehrkräfte und Schüler*innen in den Schulen zu schützen sind, hat die NASUWT sehr klare Leitlinien. Momentan ist es dem Staat aber nicht möglich, die entsprechenden Ressourcen dafür bereitzustellen – sowohl was die personenbezogenen Schutzmaßnahmen („Personal Protection Equipment“; PPE) als auch das „social distancing“ angeht.

Kommt es im Bildungsbereich gerade zu einem Digitalisierungs-Boom?

NASUWT

The Teachers' Union

Als klar wurde, dass die Schließung kommen wird, haben viele Schulen die Lehrer*innen angehalten, Online-Klassenräume einzurichten und Material zur Verfügung zu stellen. In nur wenigen Schulen war das auch vor dem Ausbruch von COVID19 schon der Fall. Von daher gab es einen Ausschlag im Verhältnis von Vorgaben und der entsprechenden Umsetzung.

Wie steht die Gewerkschaft zum home-schooling und der Digitalisierung?

Das größte Bedenken der NASUWT betraf die Frage, ob wirklich alle Schüler*innen Zugang zum Online-Unterricht haben. Der sozio-ökonomische Status von Schüler*innen lässt sich sehr einfach davon ableiten, wie hoch der Prozentsatz derer ist, die kostenloses Mensaeßen bekommen („Free School Meals“; FSM). An unserer Schule sind es rund 70 Prozent, womit wir zum oberen Viertel aller Schulen in Nordirland zählen. Das ist ein Hinweis darauf, dass eine größere Zahl unserer Schüler*innen keinen Breitbandzugang hat und dass es in den Haushalten mit mehr als einem schulpflichtigen Kind nicht mehr als einen Computer gibt.

Wie kommunizierst du mit deinen Schüler*innen?

Über „Google Classroom“ kann ich Material zur Verfügung stellen, Aufgaben rausgeben, die Ergebnisse der Schüler*innen einsammeln, sie benoten und zurückschicken. Der Anteil der Schüler*innen aus meinen Klassen, der sich daran beteiligt, liegt zwischen fünf und 15 Prozent.

Wie beteiligen sich in der Corona-Phase die Mitglieder der NASUWT an den Entscheidungen ihrer Gewerkschaft?

Wir bekommen regelmäßig Infos per E-mail und es gibt eine facebook-Seite für Mitglieder, auf der wir unsere Erfahrungen austauschen können. Aktuell stehen wir in Nordirland vor einer Entscheidung über Lohnerhöhungen. Dazu findet gerade eine Online-Befragung statt. Es wäre sehr wichtig, dass die Lehrkräfte sich vis-à-vis treffen, um diese bedeutsamen Dinge diskutieren zu können.

Sind die Sorgen wegen des „No-Deal-Brexit“ während der Corona-Krise in den Hintergrund getreten?

Die Sorgen bleiben, aber jede Diskussion darüber ist zum Erliegen gekommen.

Die National Association of Schoolmasters/ Union of Women Teachers“ ist eine Gewerkschaft, die Lehrkräfte aller Schulformen in England, Schottland, Wales und Nordirland organisiert.

Welche Perspektive hinsichtlich des Brexit hat die NASUWT?

Die Gewerkschaft ist der sozialdemokratischen „Labour Party“ im Vereinigten Königreich angegliedert und unsere Mitglieder können einen politischen Geldbeitrag leisten, der an die Partei abgeführt wird. Die „Labour Party“ hat eine gesplante Meinung zum Brexit. Das ist auch unter den NASUWT-Mitgliedern der Fall. Als Gewerkschaft ist der NASUWT viel daran gelegen, keine Auflösung von Arbeitnehmerrechten durchgehen zu lassen. Eine Sorge besteht darin, dass die konservative Regierung – im Gegensatz zu jeglichen öffentlichen Dienstleistungen – zunehmend auf das privatwirtschaftliche Modell setzt. Davon wäre auch der Bildungsbereich betroffen.

Gehst du persönlich davon aus, dass ein vereinigtes Irland realistisch und/oder erstrebenswert ist?

Vor fünf Jahren hätte ich noch gesagt, dass das überhaupt nicht realistisch ist. Seither hat sich die Lage aber in dramatischem Tempo und Umfang verändert: Es gab den Brexit und der demografische Wandel hat dazu

Das größte Bedenken der NASUWT betraf die Frage, ob wirklich alle Schüler*innen Zugang zum Online-Unterricht haben.

führt, dass jetzt eher irisch-nationalistische als britisch-unionistische Politiker*innen gewählt werden. Eine jüngere Wählerschaft mit geringerem Bezug zur Ära des gewaltsamen Konflikts misst der Politik heute weniger Gewicht bei. Die größeren Bedenken betreffen den Klimawandel und die Notwendigkeit von politischer Führung. Das gilt für die meisten aber vor allem für die jüngeren Wähler*innen. Von daher ist eine Vereinigung Irlands heute viel realistischer.

Abgesehen von Corona und Brexit: Welche anderen Sorgen und Bedenken treiben die NASUWT im Moment um?

Wie ich bereits angedeutet habe, führt die Fragmentierung der Bildung – vom Rahmen, den der Staat vorgibt, bis zu den unterschiedlichen Schulformen mit ihren verschiedenen Verwaltungssystemen, Lohnstrukturen, rechtlichen Rahmenbedingungen und einer allgemeinen Schwerpunktsetzung in Richtung des marktwirtschaftlichen Modells sowie der Ausweitung der „digitalen Arbeitswelt“ in den Schulen – dazu, dass es für alle Gewerkschaften in zunehmendem Maße schwieriger wird, die Lehrkräfte zu vertreten. Was die Beschäftigungsverhältnisse der Menschen betrifft, die diese Arbeit tun, gibt es immer weniger gemeinsame Merkmale. Das Prinzip der kollektiven Tarifverhandlungen ist ausgehöhlt worden.

Welche Wünsche hast du für die Zeit nach Corona?

Ich würde mir wünschen, dass die Leute größeren Respekt vor den Beschäftigten im Gesundheitsbereich haben und vielleicht auch für andere Arbeitnehmer*innen im öffentlichen Dienst, wie z.B. uns Lehrer*innen. Ich befürchte aber, dass die Menschen, die den öffentlichen Dienst nach Beruhigung der jetzigen Lage wieder für sich in Anspruch nehmen, einfach wieder die alte Haltung annehmen. Demnach sind die Beschäftigten im öffentlichen Dienst einfach dazu da, um für sie zu arbeiten. Im besten Fall wird das als selbstverständlich betrachtet, im schlechtesten Fall begegnet man uns (wieder) mit Geringschätzung.

Schon zu Römerzeiten: immer in die erste Reihe

Die Ruheständler*innen zu Besuch im Römergrab Köln-Weiden

// Silke Weinberger-Brümmer, Aktive Ruheständlerin



Noch am Tag unserer Besichtigung, am 12. März, habe ich mir die rasante Entwicklung innerhalb weniger Tage nicht vorstellen können - Lockdown war damals für mich noch ein unbekanntes Fremdwort. Andere Kolleg*innen waren da wohl klüger oder phantasievoller. Jedenfalls kamen von den angemeldeten 30 Personen nur 15, und von den Fehlenden hatte sich nur die Hälfte abgemeldet. Ob die Angst vor Corona wirklich so groß war, dass man das vergessen konnte?

Nun, wir übrigen hatten jedenfalls unerwartet viel Platz, um „die schönste römische Grabanlage nördlich der Alpen“ in Augenschein zu nehmen. Und auch wenn diese Wortwahl nicht gerade von Kölner Bescheidenheit zeugt, beeindruckend ist es schon, was im Jahre 1843 ein Fuhrunternehmer dort entdeckte, als er die Fundamente für ein „Ökonomiegebäude“ ausheben wollte, auch wenn der erst einmal enttäuscht war, kein Gold und andere Schätze, sondern nur eine alte Steintreppe und an deren Ende eine zerbrochene Marmorplatte zu finden - die Kammer selbst war schon in römischer Zeit eingestürzt.

Zwei kluge Weidener Herren brauchte es, um ihn davon abzuhalten, alles wieder zuzuschütten. Dann wurde Dombaumeister Zwirner eingeschaltet, der sich glücklicherweise auch für die Zeiten vor der Gotik interessierte und der den Verkauf an den preußischen Staat für immerhin 2100 Taler vermittelte. Dafür durfte er dann, nach Abschluss der Bergungsarbeiten, im historischen Stil einen Schutzbau und das immer noch existierende, heute denkmalgeschützte Wärterhäuschen darüber setzen. Schon damals hielt man die Funde also für bedeutungsvoll, obwohl von dem sicherlich repräsentativen oberirdischen Teil keine Mauerreste mehr übrig wa-

ren (wohl alles geklaut und in mittelalterlichen Kölner Häusern verbaut). Die eigentliche Grabkammer aber konnte man ziemlich genau und größtenteils mit Originalteilen wiederherstellen.

Sie maß 3,5 mal 4,5 m und war 4 m hoch, gestaltet wie ein römisches Speisezimmer. Die Wandverkleidungen waren aus Marmor, es gab Wandnischen in Form von Klinen, in denen Büsten der Verstorbenen standen und steinerne Sessel für die Damen, denn die durften beim Speisen nicht liegen. Und gespeist wurde dort wohl auch manchmal, vielleicht an den Jahrestagen. Genaueres weiß man nicht.

Über viele Generationen war die Kammer in Gebrauch, Fachleute sehen das an den unterschiedlichen Frisuren der Damenbüsten. Das einzige Teil aber, das wir heute in einem Grab suchen würden, der prachtvolle Sarkophag, stand ursprünglich gar nicht hier unten, sondern eine Etage höher. Beim Einsturz des Gewölbes ist er heruntergestürzt und dabei auch gebrochen.

Wie kommt nun eine solche hochherrschaftliche Anlage genau neben die dichtbefahrene Aachener Straße, in einen Vorort? Die Straße gab es auch schon bei den Römern, nur hieß sie damals via Belgica und war die große Ausfallstraße in Richtung - erraten - der Belgier. Alle römischen Friedhöfe lagen vor den Stadttoren an solchen großen Straßen. Die meisten natürlich näher an der Stadt, aber wenn man nun mal einen Gutshof neun Kilometer weiter außerhalb hatte, aber direkt an der Straße, dann hatte man nicht nur die Grabstelle nahe am Haus, sondern musste auch nicht mit anderen Familien um die besten Plätze konkurrieren, die auch damals schon möglichst gut sichtbar und in der ersten Reihe lagen. Die Grundhaltung hat sich also bis heute nicht wesentlich geändert.

Wir hoffen, die geplanten Führungen unserer Aktiven Ruheständler*innen können im zweiten Halbjahr 2020 – unter den jeweils geltenden Corona-Auflagen, aber trotzdem entspannt - stattfinden.

2. Versuch

Der GARTEN DER RELIGIONEN

wartet weiterhin auf uns, wegen Corona unter leicht veränderten Umständen.

Maskenpflicht besteht nicht, es gelten aber Abstandsregeln.

Weil die Gruppengröße deshalb auf 10 bis max. 15 Personen verkleinert werden muss, haben wir für

Donnerstag, den 8.10.2020 zwei Führungen vereinbart, um 10.30 Uhr und um 13.30 Uhr.

Die Teilnehmer*innen treffen sich jeweils 15 Minuten früher in der Stolzestr. 1a (Haltestelle: „Eifelwall“ der Linie 18) in Köln.

Die Führung dauert ca. zwei Stunden (abgekürzt bei Schlechtwetter). Wir sammeln 3 Euro pro Person ein. Es gibt ein Bistro, in dem man etwas essen oder trinken kann.

Bei der verbindlichen Anmeldung (kontakt@gew-koeln.de, T: 0221- 516267) bitte angeben, wenn eine der beiden Uhrzeiten nicht möglich ist. Die Geschäftsstelle stellt dann die Gruppen zusammen.

„Schlummere sanft, teure Frau“ – Frauen auf dem Friedhof Melaten

Einladung zu einer Führung über den Friedhof am Donnerstag, 05. November 2020, 11.00 Uhr

Treffpunkt: Eingang gegenüber Aachener Str. 251

Kosten: 10 Euro

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, deshalb bei der GEW-Geschäftsstelle verbindlich anmelden (Telefon: 0221-516267, E-Mail: kontakt@gew-koeln.de) und im Verhinderungsfall bitte auch wieder abmelden.

Anmeldung in der GEW - Geschäftsstelle



Tarifvertrag öffentlicher Dienst

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft



// TARIFRUNDE BUND UND KOMMUNEN – TARIFINFO NR. 1-2020 //



Tarifrunde TVöD beginnt im Herbst 2020

// Die Tarifkommissionen der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes haben beschlossen, die Entgelttabellen des Tarifvertrag öffentlicher Dienst (TVöD) zum 31. August 2020 zu kündigen. Zuvor waren Sondierungen zwischen kommunalen Arbeitgebern und Gewerkschaften über eine mögliche Verschiebung der anstehenden Tarifverhandlungen gescheitert. Die Gewerkschaften hatten in diesen Gesprächen vorgeschlagen, die Tarifrunde nach 2021 zu verschieben und die Beschäftigten für den Zeitraum zwischen dem Auslaufen der Gehaltstabellen des TVöD am 31. August und dem Beginn der Verhandlungen eine finanzielle Kompensation zu zahlen. Das lehnten die Arbeitgeber jedoch ab. Die Tarifrunde startet daher wie vor der Corona-Krise geplant mit einem ersten Verhandlungstermin am 1. September. //

Nicht erst seit dem Beginn der Corona-Pandemie leisten die Beschäftigten des gesamten öffentlichen Dienstes wertvolle und unverzichtbare Arbeit. In den vergangenen Monaten hat sich dies aber besonders deutlich gezeigt. Deshalb fordern die Gewerkschaften ein Signal der Wertschätzung der Arbeitgeber.

Symbolische Gesten reichen nicht aus, es bedarf einer deutlichen und dauerhaften Gehaltssteigerung.

Für die GEW und die anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes stand deshalb früh fest: Wir werden nicht auf eine Ta-

gew.de/tarifrunde

rifrunde verzichten! Gleichwohl wird eine Tarifrunde im Herbst 2020 mit hoher Wahrscheinlichkeit noch unter erschwerten Rahmenbedingungen stattfinden. Insbesondere Streiks und größere Kundgebungen werden nur sehr eingeschränkt möglich sein. Deshalb hatte ver.di als verhandlungsführende Gewerkschaft am 16. Juni mit der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) in einem Gespräch sondiert, ob eine Verschiebung der Tarifverhandlungen in das Frühjahr 2021 möglich ist. Voraussetzung dafür wäre gewesen, dass die Beschäftigten für den Zeitraum vom 31. August 2020 (Ende der Laufzeit der alten Entgelttabellen) bis zum Beginn der Tarifrunde eine Kompensation erhalten, damit die Verschiebung der Tarifrunde nicht mit Lohnverzicht erkaufte wird. Dazu war die VKA jedoch nicht bereit. Das Sondierungsgespräch endete ohne Ergebnis. Aus gewerkschaftlicher Sicht ist das Verhalten der VKA eine Missachtung der Kolleginnen und Kollegen. Die Bundestarifkommission von ver.di beschloss am 18. Juni unter Beteiligung von GEW, GdP und IG BAU die Kündigung der Entgelttabellen zum 31. August 2020. Der erste Verhandlungstermin mit den Arbeitgebern findet, wie vor Beginn der Corona-Krise geplant, am 1. September 2020 statt.

in einer Gehaltssteigerung ausdrückt. Die Arbeitgeber haben jedoch bereits angekündigt, dass sie dafür kaum Spielräume sehen und sich für Krisen-Bereiche des öffentlichen Dienstes eine Nullrunde vorstellen. Das bedeutet, die Beschäftigten werden jeden Cent hart erkämpfen müssen. Darum muss die Entgeltforderung im Fokus der Auseinandersetzung stehen. Die Gewerkschaften sind sich einig: Wir lassen uns nicht spalten. Es muss eine gute Lohnerhöhung für den gesamten öffentlichen Dienst geben!

Ein weiteres Thema ist den Tarifkommissionen so wichtig, dass es in dieser Tarifrunde gelöst werden soll: Bis heute unterscheidet sich die wöchentliche Arbeitszeit im TVöD-VKA in West- und Ostdeutschland. Diese Ungleichheit muss 30 Jahre nach der deutschen Einheit endlich beendet werden, die Angleichung der Arbeitszeiten ist daher erneut Teil der Forderungsdiskussion für die Tarifrunde TVöD.

Um welche Themen soll es bei den Tarifverhandlungen gehen?

Am 19. Juni eröffnete die Tarifkommission Bund und Kommunen der GEW die Forderungsdiskussion. Für die GEW und die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes steht fest, dass sich eine Wertschätzung der Leistung der Beschäftigten vor allem



Marlis Tepe,
GEW-Vorsitzende

Wie geht es weiter?

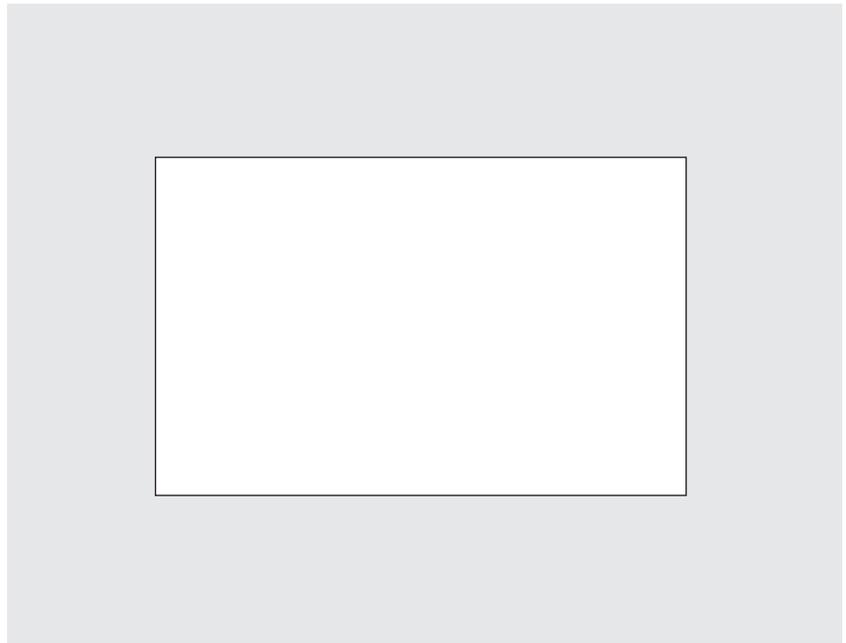
Jetzt beginnen die Mitglieder der GEW, über mögliche Forderungen für die Tarifrunde zu diskutieren. Alle Kolleginnen und Kollegen, die im Geltungsbereich des TVöD arbeiten, sollen sich daran beteiligen. Um das möglich zu machen, hat die GEW-Tarifkommission bereits Ideen für Online- und Präsenzveranstaltungen entwickelt. Am 29. Juni wird der Austausch über diese Vorschläge fortgesetzt. Dabei geht es auch um Lösungen, wie trotz der in den ersten Bundesländern

beginnenden Sommerferien möglichst viele Mitglieder in die Forderungsdiskussion eingebunden werden können.

Auf Grundlage der Mitgliederdiskussion wird die Tarifkommission am 24. August gemeinsam mit dem Koordinierungsvorstand die GEW-Forderungen beschließen und am 25. August in die Beratung der ver.di-Bundestarifkommission einbringen, die den gemeinsamen Forderungsbeschluss der DGB-Gewerkschaften beschließt.

Ablauf der Tarifrunde

29. Juni	GEW Tarifkommission: „Vorbereitungstreffen Tarifrunde 2020“ • Planung Mobilisierung, Aktionen und Streiks
24. August	GEW Tarifkommission und Koordinierungsvorstand • Beschluss über GEW-Forderungen
25. August	ver.di-Bundestarifkommission öffentlicher Dienst • Forderungsbeschluss nach Abstimmung mit ver.di-Landesbezirken, GdP, IG BAU und GEW
31. August	Kündigung Entgelttabellen TVöD wird wirksam
1. September	Verhandlungsaufakt, Potsdam
19./20. September	2. Verhandlungsrunde, Potsdam
22./23. Oktober	3. Verhandlungsrunde, Potsdam



**Nachholtermin für die wegen Corona ausgefallene
Mitgliederversammlung zur Neuwahl des Geschäftsführenden
Vorstands am Mittwoch, den 28. Oktober 2020 um 17.30 Uhr im
Altenberger Hof in Nippes**

(Scheune)

Auf der geplanten Tagesordnung stehen folgende Punkte:

TOP 1 – Finanzen:

- Jahresabschluss 2019
- Haushaltsplanung 2020

TOP 2 – Rechenschaftsbericht & Entlastung des Geschäftsführenden Vorstands

TOP 3 – Anträge zur Satzung & zur Wahlordnung

TOP 4 – Wahlen zum Geschäftsführenden Vorstand

TOP 5 – Themenblock: Personalratswahlen 2020

TOP 6 – Verschiedenes

Dort werden wir unter Wahrung der Maßnahmen des Infektionsschutzes wie beispielsweise Mindestabstände tagen. Um die Anzahl der Teilnehmer*innen besser abschätzen und die Maßnahmen des Gesundheitsschutzes entsprechend vorbereiten zu können, bitten wir ausnahmsweise um vorherige Anmeldung an kontakt@gew-koeln.de. Wir bitten um Verständnis, dass keine Getränke oder Speisen angeboten werden.

Alle Details rund um die Neuwahl und weitere Fristen siehe Seite 4 unter Kalenderblatt.